Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 17. | Dienstag, den 21. Januar 1919. | 26. Jahrg.

Der bundesstaatliche Neuausbau Deutschlands.

Die Frage des bundesstaatlichen Neuaufbaues Deutschlands kann nicht von obenher gelöst werden. Das stände in unvereinbarem Widerspruch mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und den Errungenschaften der Revolution, die verlangen, daß die Neuordnung in der Masse wurzelt. Zur Debatte stehen vor allem zwei Probleme, das organisatorische, wie die Staatsgewalt zu organisieren ist, um die Regierung marschfähig zu erhalten und ihr Initiative und Stoßkraft zu geben, und das Problem der Zerschlagung Preußens und die daraus folgenden neuen bundesstaatlichen Organisationen.

Die deutsche Oeffentlichkeit muß sich weit mehr als bisher mit diesem Problem beschäftigen. In allen bisherigen Diskussionen traten vor allem die folgenden Gedanken zutage:

In Süddeutschland wünscht man im großen und ganzen das unveränderte Fortbestehen der bisherigen Bundesstaaten. Dagegen würde bei einer Zerschlagung Preußens das Großherzogtum Hessen die ehemalige Verbindung mit der Provinz Hessen-Nassau wieder suchen. Ebenso würden in Sachsen alte Erinnerungen lebendig werden und der Wunsch nach Vereinigung mit der Provinz Sachsen neuerstehen. Ein besonders schwieriges Problem bietet Thüringen. Nicht wegen der Zahl seiner Einwohner, sondern wegen der Kompliziertheit der widerstreitenden Interessen. Der ganze Wahlkreis Thüringen für die Nationalversammlung umfaßt 2,3 Millionen Menschen; aber davon neigt Koburg nach Bayern, Weimar und Meiningen vertragen sich nicht allzugut und die östlich gelegenen Teile, insbesondere die beiden Reuß, Altenburg und der Kreis Neustadt erblicken ihren Vorteil im Anschluß an Sachsen. Auch bei Braunschweig und Anhalt stünde nicht fest, ob sie einer niedersächsischen oder hannoverschen Republik anzuschließen wären. **Die Hansestädte legen natürlich Wert darauf, die eigene seit Jahrhunderten berühmte Flagge weiterzuführen.** Aber ihre bisherige Bevölkerungsbasis von nicht ganz anderthalb Millionen Menschen ist zu klein für einen selbständigen Staat. Berlin und im Fall des Anschlusses der Deutsch-Oesterreicher an das Reich, auch Wien, möchte man zu reichsunmittelbaren Städten machen, um von vornherein jede Rivalität auszuschließen. Ein schwieriges Problem bleibt auch das östliche Preußen. Ursprünglich dachte man daran, im Norden einen Bundesstaat Ostdeutschland und im Süden einen Bundesstaat Schlesien zu [illegible]. Demgegenüber wird aber darauf hingewiesen, daß sich die Schaffung eines gesamten Ostdeutschlands empfehlen dürfte, weil Schlesien weitvorgestreckt in slawische Gebiete hineinreicht und von Polen und Tschechen in die Zange genommen werden könnte, sodaß seine innige verwaltungsrechtliche und wirtschaftliche Verbindung mit anderen deutschen Landesteilen wünschenswert bleibt.

Dabei ist die Frage noch nicht entschieden, ob Preußen überhaupt zerschlagen werden soll. Dafür sprechen sehr gewichtige Gründe. Vor allem, daß die Reichsgewalt garnicht die Fähigkeit, garnicht die Möglichkeit hätte, bei Konflikten mit Preußen ihren Willen geltend zu machen, wenn dieses allein vier Siebentel der gesamten deutschen Bevölkerung umfaßt. Preußens historische Mission, den Ausgleich zwischen seinen landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten zu schaffen, könne auch das Reich übernehmen. Auf der anderen Seite darf aber von vornherein nicht übersehen werden, daß die Zerschlagung Preußens nur nach Schaffung einer starken Exekutive für die Reichsgewalt möglich ist, die um so nötiger erscheint, als innerhalb der preußischen Verwaltung sehr starke Strömungen die Zerschlagung Preußens zu verhindern suchen.

Weitere Wahlergebnisse.

Hamburg-Bremen.

Hamburg. Das bisherige Ergebnis für den Wahlbezirk Hamburg-Bremen-Stade ist: Sozialdemokraten rund 381 000, Unabhängige 67 500, Demokraten 209 728, verbundene Listen der Deutsch. Volksp., Deutschnationalen Volksp. und Zentrum usw. 103 262 Stimmen. Gewählt sind 6 Mehrheitssozialisten (Stolten, Hellmann, Deichmann, Hense, Frau Johanna Reitze und Karl Winkelmann); 1 Unabhängiger (Henke); 3 Demokraten (Senator Dr. Petersen, Frl. Dr. Bäumer, Chr. Koch); 1 Deutsche Volksp. (Witthöft) und 1 Welfe.

Bremen. Endergebnis der Wahl von 129 Bremer Bezirken im 37. Wahlkreis: Sozialdemokraten: Stolten 69 419, Unabhängige: Henke 30 123, Christliche Volkspartei: Nölting 2930, Deutsche Reichspartei: Altherr 334, Deutsche Demokratische Partei: Petersen 5, Deutsche Demokratische Partei: Böhmert 55 544, Deutsche nationale Volkspartei: Buchmann 2, Deutsche nationale Volkspartei: Mahlstedt 6087, Deutsche nationale Volkspartei: Schütler 340, Deutsche Volkspartei: Witthoeft 461. Ungültige Stimmen 390. Total 165 711.

Mecklenburg.

Schwerin. Sozialdemokraten 38 291, Demokraten 21 647, Deutsche Volkspartei 2708, Deutschnational 14 667, Bauernbund 4646.

Dassow. Sozialdemokraten 934, Demokraten 673, Nationale Volkspartei 284, Liste Faull 108.

Schönberg. Sozialdemokraten 3849, Deutsche Demokr. Partei 2257, Deutschnational 966, Bauernbund 125, Deutsche Volkspartei 42.

Grevesmühlen. Sozialdemokraten 1065, Deutsch-Demokraten 587, Nationale Volkspartei 214, Liste Faull 320.

Rostock. Sozialdemokraten 20 095, Demokraten 11 704, Nationale Volkspartei 2967, Liste Faull 4086.

Schleswig-Holstein.

Die Liste ist jetzt vollständig bis auf den Kreis Oldenburg, der noch fehlt. Es sind danach gewählt: Soz.-Dem.: Legien, Frohme, Frl. Schröder, Michelsen, Kürbis. Demokraten: Waldstein, Blunck, Frl. Baum. Volkspartei: Runkel. Bauern- und Landarbeiter-Demokratie: Thomsen. Nationale Volkspartei: Oberfohren.

Altona. Soz. 28 093, U. S. 4184, D. D. P. 13 559, D. Vp. 3508, Dn. Vp. 2202, Chr. Vp. 898.

Preetz. Soz. 1512, D. D. P. 694, Chr. Vp. 4, Dn. Vp. 189, U. S. 36, D. Vp. 854, B. u. L. 4.

Apenrade. Soz. 1583, U. S. 1, Dem. 1875, D. Vp. 598, Dn. Vp. 611, Ztr. 26, Bauern- u. Landarb. 539.

Pinneberg. Dn. Vp. 175, Chr. Vp. 24, D. Vp. 295, D. D. P. 962, Soz. 1993, U. S. 177.

Kreis Steinburg. Soz. 19 611, U. S. 192, D. Vp. 3653, Dn. Vp. 3099, B. D. 3023, D. D. P. 12 209, Ztr. 112.

Kreis Tondern. Soz. 4036, D. D. P. 9659, D. Vp. 2523, B. D. 2301, Dn. Vp. 1793.

Kreis Hadersleben. Soz. 2535, D. D. P. 1442, D. Vp. 1565, Dn. Vp. 1092. B. D. 427.

Kreis Eiderstedt. Soz. 19 067, U. S. 712, D. D. P. 2460, D. Vp. 264, B. D. 200, Dn. Vp. 471.

Kreis Oldenburg. Soz. 7155, D. D. P. 3448, D. Vp. 1115 B. D. 665, Dn. Vp. 2738.

Lauenburg.

Ratzeburg. Soz. 10 450, U. S. 799, Dem. 7952, D. Vp. 588, Dn. Vp. 4005, Ztr. 145, B. B. 706.

Provinz Hannover.

Wahlkreis Hannover. Bis 1 Uhr mittags waren die Ergebnisse von 1700 Stimmbezirken bekannt: Sozialdemokraten 317 752, Unabhängige 39 226. Deutsche Demokratische Partei 92 216, Deutsche Volkspartei 67 419, Braunschweigischer Landeswahlverein 32 645, Deutsch-Nationale 20 446. Deutsch-Hannoversche und Zentrum 176 230. 1000 Bezirke stehen noch aus.

Harburg. Im Stadtkreis Harburg wurden abgegeben: für die Welfenpartei 2025, für die Sozialdemokraten 23 016, für die Deutsche Volkspartei 3049, für die Unabhängigen Sozialisten 2412, für die Deutsche Demokratische Partei 5250, für die Deutschnationalen 240 Stimmen.

Landkreis Harburg. Welfen 6847, Soz. 6244, D. Vp. 1122, U. S. 182, D. D. P. 1507, Dn. Vp. 455.

Wilhelmsburg. Welfen 1049, Soz. 9432, D. Vp. 542, U. S. 2063, D. D. P. 1604, Dn. Vp. 116.

Jork. Im Kreise Jork sind an Stimmen abgegeben: Für die Mehrheitssozialisten 38 077, für die Unabhängigen 56 000, für die Welfen 40 076, für die Deutsch-Demokraten 1526, für die Deutschnationalen 189 und für die Deutsche Volkspartei 8073.

Lüneburg. Soz. 7528, U. S. 73, D. D. P. 3308, D. Vp. 1841, D. Hannov. P. 1497, Dn. Vp. 169. Verbunden waren die Listen der beiden Soz.-Parteien und die der D. Vp., der Hannov. P. und der Dn. Vp.

Aurich (Stadt): Soz. 4180, U. S. 372, D. D. P. 5476, D. Vp. 140, Dn. Vp. 3238, Chr. Vp. 815.

Emden (Stadt). Soz. 4376, U. S. 1240. D. D. P. 3927, D. V. 419, Dn. Vp. 1531, Chr. 765, Welfen 5.

Stade. Dn. Vp. 147, Chr. Vp. 47, D. Vp. 793, D. D. P. 2019, Soz. 1859, U. S. 5, Dtsch. Hann. P. 668.

Republik Oldenburg.

Oldenburg. Voraussichtliches Wahlergebnis des 15. Wahlkreises: Deutsch-Demokraten zwei, Deutsch-Christliche zwei, Volksparteiler einer, Sozialdemokraten zwei.

Brandenburg.

Berlin. Nachdem nunmehr vorliegenden Wahlergebnis erhielten in Berlin: Mehrheitssozialisten 406 680, Unabhängige 297 216, Demokraten 168 994, Deutsche Volkspartei 56 462, Deutschnationale 98 884, Christliche Volkspartei (Zentrum) 50 703. Danach müssen als gewählt angesehen werden: 6 Mehrheitssozialisten (darunter Scheidemann und Eugen Ernst), 4 Unabhängige (darunter Haase und Eichhorn), 2 Demokraten (darunter Naumann), 2 Rechtsblock (Professor Kahl und Professor Lewerenz).

Charlottenburg. Rechtsblock 29 971, Mehrheitssozialisten 28 302, Demokraten 21 662 und Unabhängige 12 406.

Cottbus. Vorläufiges Wahlergebnis für Stadt und Land: Demokraten 14 873, Deutsch-Nationale 7431, Deutsche Volkspartei 1851, Zentrum 783, Mehrheitssozialisten 29 337, Unabhängige 179. Das Ergebnis von 5 Bezirken steht noch aus.

Schlesien.

Breslau. Vorläufiges Wahlergebnis von 363 Bezirken: Sozialdemokraten 159 478, Deutsch-Demokraten 47 055, Zentrum 41 313, Deutsch-Nationale 38 822, Unabhängige 812.

Glatz. Wahlergebnis: Zentrum 3347, Sozialisten 2256, Deutsch-Demokraten 1044, Deutsch-Nationale 524.

Westpreußen.

Danzig. Vorläufiges Wahlergebnis Wahlkreis Danzig Stadt: Unabhängige 7825, Mehrheitssozialdemokraten 37 407, Demokraten 27 217, Zentrum 16 621, Deutsch-Nationale Volkspartei 15 285. Vier Bezirke stehen noch aus.

Ostpreußen.

Königsberg-Stadt. Vorläufiges Wahlergebnis des Wahlkreises: Mehrheitssozialdemokraten 48 320, Demokraten 28 530, Deutsche Volkspartei 25 950, Soldatenliste 25 500, Deutsch-Nationale Volkspartei 7150, Christl. Demokr. Volkspartei und Zentrum 4000.

Republik Sachsen.

Dresden. Wahlkreis 28. Es erhielten Stimmen: Soz. 360 060, U. S. 29 212, D. D. P. 129 512, D. Vp. 90 631, Dn. Vp. 85 081, Ztr. 15 000. Die Mandatsverteilung wird voraussichtlich wie folgt sein: 7 Sozialdemokraten, 2 D. D. P. und entweder 2 D. Vp. und 1 Dn. Vp. oder 1 D. Vp. und 2 Dn. Vp. Das Gesamtergebnis der Republik Sachsen ist folgendes: 17 Sozialdemokraten, 6 D. D. P., 4 Dn. Vp., 3 U. S. und 2 D. Vp.; auch hier wieder mit der Möglichkeit, daß ein Mandatstausch zwischen Dn. Vp. und D. Vp. noch erfolgen könnte.

Im 29. Wahlkreis (Leipzig) wurden gewählt: 2 Sozialdemokraten (Pinkau und Lüttich), 3 Unabhängige (Segeberg, Finanzminister a. D. Dr. Geyer und sein Sohn), 2 Demokraten und 1 Deutschnationaler. Im 30. Wahlkreis (Mittelsachsen) wurden gewählt: 8 Sozialdemokraten (die bisherigen Reichstagsabgeordneten Noske, Meier, Schöpflin, Stücklen und Molkenbuhr, ferner Frau Schilling, Röhle und Jungnickel), 3 Demokraten und 2 Deutschnationale.

Wahlkreis Sachsen, 15 bis 23: Vorläufiges Ergebnis: Mehrheitssozialisten (Noske) 509 551, Unabhängige Sozialisten 55 335, Demokraten 173 521, Deutsch-Nationale Volkspartei 115 761, Christliche Volkspartei 3690. Es fehlen noch 2 kleine Ortschaften, die am Ergebnis nichts mehr ändern.

Wahlkreis Sachsen, 10 bis 14: Vorläufiges Ergebnis: Mehrheitssozialisten 127 223 (2 Abgeordnete), Unabhängige Sozialisten 234 942 (3 Abgeordnete), Deutsche Demokratische Partei 176 925 (2 Abgeordnete), Deutsch-Nationale Volkspartei 72 909 (1 Abgeordneter), Christliche Volkspartei 3107.

Wahlkreis Ostsachsen. Vorläufiges Ergebnis bis 5 Uhr nachmittags: Mehrheitssozialisten 30 000, Unabhängige Sozialisten 29 218, Deutsche Demokratische Partei 129 512, Deutsche Volkspartei 90 631, Deutsche Nationale Partei 35 081, Christliche Volkspartei 14 924.

Magdeburg. Im 12. Wahlbezirk sind gewählt: 7 Mehrheitssozialisten (darunter Landsberg), 5 Deutsche Demokratische Partei (darunter Staatssekretär Schiffer) und 1 Deutschnationale Volkspartei.

Weimar. Bisheriges Wahlresultat Großthüringen: Demokraten 96 133, Deutschnational 59 685, Zentrum 13 542, Mehrheitssozialisten 103 337, Unabhängige 129 469.

Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

Vorläufiges Ergebnis für Frankfurt, Wahlkreis 6: Deutsche Demokratische Partei: 69 095, Deutsche Volkspartei: 11 35[illegible], Deutsch-Nationale Volkspartei: 60 911, Christliche Volkspartei 5369, Mehrheitssozialisten: 157 362, Unabhängige: 2330. Vermutlich werden gewählt: vier Sozialdemokraten, zwei Deutsch-nationale und zwei Deutsche Demokraten.

Rheinprovinz.

Düsseldorf. Bis zum Mittag wurden im Wahlkreis Düsseldorf folgende Ergebnisse festgestellt: Deutsch-Demokraten

rkelenz) 25 010, Deutsch-Nationale (Koch) 18 417, Zentrum iesberts) 75 693, Mehrheitssozialisten (Obermeyer) 40 250, abhängige (Agnes) 55 841.

Baden.

Karlsruhe. In Baden wurden abgegeben: 1 096 546 immen, davon: Demokraten 237 428, Sozialdemokraten 3 210, Unabhängige, deren Wahlvorschlag für ungültig erirt wird, 14 500, Deutschnationale 80 896, Zentrum 390 328. wählt sind: 3 Demokraten (darunter Haas), 5 Zentrum runter Fehrenbach), 5 Sozialdemokraten und 1 Deutschtionaler.

Mannheim, 27. Wahlkreis, Rheinpfalz. Wahlergebnis 430 Landstimmbezirken: Zentrum 34 271, Unabhängige 3, Deutsche Volkspartei 46 592, Sozialdemokraten 56 550, utsche Demokratische Partei 15 121.

Württemberg.

Stuttgart. Bei den Wahlen in Württemberg und ohenzollern haben die Mehrheitssozialisten erhalten: 0 316, Demokraten 332 000, Zentrum 303 050, Rechtsblock ürgerpartei und Bauernbund) 182 511, Unabhängige 30 413, iedenspartei 3504 Stimmen. Demnach erhalten Mandate: zialdemokraten 7 (3), Demokraten 4 (8), Zentrum 4 (4), chtsblock 2 (2).

Bayern.

Wahlkreis Niederbayern und Oberpfalz. Vorläufes Ergebnis. Sozialdemokraten 43 600, Unabhängige 421, yrische Volkspartei (Zentrum) 66 429, Deutsche Volkspartei 887, Bauernbund 31 368.

Wahlkreis Ober-, Mittel- und Unterfranken. Vorläufiges Ergebnis. Sozialdemokraten 104 653, Unabhängige 232, Deutsche Volkspartei in Bayern (Demokraten) 70 454, yrische Volkspartei (Zentrum) 113 615, National-Liberale 379.

Wahlkreis Oberbayern und Schwaben. Vorläufiges gebnis. Sozialdemokraten 240 442, Bauernbund 71 773, tionalliberale 946, Bayrische Volkspartei (Zentrum) 213 937, utsche Volkspartei 90 105, Unabhängige 39 019, Mittelbspartei 391.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus der Reichsverfassung.

Die „Vossische Zeitung" berichtet: Der Verfassungsentwurf das Deutsche Reich sieht keinen Vizepräsidenten vor. Der äsident soll auf 7 Jahre in direkter Wahl vom Volk gehlt werden. Preußen wird in acht Bundesrepubliken zert. An der Spitze steht die Republik Berlin mit unähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und ndkreise Groß-Berlins. Es sollen sich anschließen: eine epublik Preußen, umfassend Ost- und Westpreußen o den Kreis Bromberg; eine Republik Schlesien, auch die Provinz Posen, die Sudetenlande und den östen Teil von Deutsch-Böhmen umfaßt; die Republik randenburg, umfassend die Provinz Brandenburg ohne oß-Berlin, die Provinz Pommern, die Altmark und beide ecklenburg; dann Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunweig; Republik Westfalen, umfassend die Provinz estfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Pyrmont; epublik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das oßherzogtum Hessen; Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstenm Birkenfeld. Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Großüringen kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsmittelbar werden. Es soll außerdem ein Bundesstaat eutsch-Oesterreich konstituiert werden und Deutschöhmen soll entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat ersachsen oder zu Bayern kommen.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

Um zu vermeiden, daß die Fürsorge für die Gefangenen in er Reihe amtlicher und privater Stellen zersplittert ist, hat die gierung eine Zentralstelle geschaffen, von der aus die Fürsorge heitlich geregelt werden soll. Zunächst wird daran gedacht, ohl vom Reich als auch von privater Seite Geldmittel zur rfügung zu erhalten, die dazu dienen sollen, den Gefangenen ensmittel und Bedarfsartikel zu vermitteln. Das stößt auf isse Schwierigkeiten, weil diese Waren im Ausland gekauft rden und bei dem schlechten Stand unserer Valuta riesige Aufwendungen erfordern. Es besteht aber die Aussicht, mit Hilfe er amerikanischen Organisation, das gesteckte Ziel zu erreichen. e Zentralstelle ist weiter bemüht, zu erreichen, daß eine Verdung mit den von den Tschecho-Slowaken abgeschnittenen tischen Kriegsgefangenen in Sibirien hergestellt wird. Weiter rd die Zentralstelle darauf sehen, daß die Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen bei den Friedensverhandlungen an erster Stelle behandelt wird. Es steht auch zu hoffen, infolge der Einwirkung der französischen und englischen Sozialdemokraten das Los unserer Gefangenen eine Erleichterung fahren kann. Die Zentralstelle hat sich außerdem zur Aufgabe ellt, die zurückkehrenden Kriegsgefangenen sobald als möglich Wirtschaftsleben wieder unterzubringen und darüber hinaus krank und siech Zurückkehrenden in Fürsorge zu nehmen. Die ntralstelle ist nicht in der Lage, im einzelnen Falle festzustellen, sich ein Gefangener befindet, oder Briefe und Pakete an Gegene zu übermitteln. Die Zentralstelle hat ihre Geschäftsmlichkeiten in Berlin, Wilhelmstraße 72. Die Leitung ist dem chstagsabgeordneten Stücklen übertragen worden.

s staatliche Verkaufsrecht für land- und forstwirtschaftliche Besitzungen.

Nach einer neuen Verordnung steht dem preußischen Staate genüber land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen von mehr als Hektar Fläche oder Teilen solcher Besitzungen das Verkaufsrecht Der Staat kann das Verkaufsrecht gemeinnützigen Siedgsgenossenschaften übertragen. Das Verkaufsrecht tritt nicht bei Verkäufen an eine öffentliche Körperschaft oder an Personen, welche mit dem Verkäufer in gerader Linie oder bis zum eiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind. er Kaufvertrag über ein derartiges Grundstück muß den ständigen Stellen mitgeteilt werden. Diese haben das Recht, Besitzung zu beständigen und können das Verkaufsrecht innerb 3 Wochen ausüben. Die Preisfestsetzung ist besonders geelt. Auf diese Weise dürfte die Regierung wenigstens für die nächste Zukunft genügende Flächen Landes für Siedlungszwecke die Hand bekommen. Die Verordnung bietet ein wirksames ittel zur Bekämpfung unberechtigter Verteuerungen, des Spekulationskaufes und des durch die augenblicklichen Verhältnisse besonders begünstigten wilden Güterhandels. Darüber hinaus werden aber auch diejenigen von der Verordnung stark betroffen werden, welche sich während des Krieges lediglich zur Verbesserung ihrer Verpflegung zu Wucherpreisen ländlichen Besitz kauften und ihn nach Eintritt besserer Verhältnisse wieder veräußern wollen, da sie natürlich nur Preise erhalten können, wie sie in den letzten Friedensjahren unter den jeweiligen Verhältnissen als normal galten.

Unterredungen mit Branting.

Aus einer Unterredung mit Branting, der auf der Reise nach der Schweiz sich vorübergehend in Berlin aufhält, berichtet der „Vorwärts", daß der schwedische Genosse in dem Vorgehen der deutschen Regierung gegen Spartakus keineswegs eine unrechtmäßige Gewaltpolitik sehe. Es erscheine ihm als sehr unglücklich, daß seine Freunde in der Unabhängigen Partei nicht wie Bernstein und andere, eine Einigung zwischen den beiden Parteien mit Ausschluß der Spartakisten herbeiführen konnten.

Der schwedische Sozialistenführer Branting hatte eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister Reinhardt. Gegenstand der Unterhaltung war die sehr ernste Notlage Deutschlands, der Mangel an Rohstoffen für die Fabriken, das Fehlen von Lebensmitteln für die ganze Bevölkerung und das Ersuchen an Branting, für die Interessen des deutschen Volkes bei der bevorstehenden Konferenz in Bern als Neutraler einzutreten. Es wurden alle Fragen des Augenblicks gestreift, u. a. die Notwendigkeit der Heranschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen, die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Gefangenen durch die Entente, die neuerdings von Foch verlangte ungeheure Abgabe von landwirtschaftlichen Geräten, Rückgabe der deutschen Kolonien und die Einbrüche in deutsches Gebiet.

Schweiz.

Ausweisung der deutschen Deserteure. Im Anschluß an die deutschen Mitteilungen, daß deutsche Deserteure und Refrakteure unbehelligt in ihre Heimat zurückkehren dürfen, beschlossen die schweizerischen Behörden die Ausweisung aller Refrakteure und Deserteure, die nicht bereits vor dem Kriege ihren ständigen Wohnsitz in der Schweiz hatten.

England.

Die Lohnbewegung in Süd-Wales. Die Vereinigung der Kohlenbergwerksbesitzer Südwales erklärt, daß die Forderung der Bergleute auf 30 Prozent Lohnerhöhung für die Kohlenpreise auf ausländischem Markt lähmend wirken würde. In den mit der Vernichtung des bedrohten Exporthandels, seit dem Kriege bereits verdoppelten Produktionskosten, käme als drittes diese neue Forderung hinzu.

Kleine politische Nachrichten.

Bei der Obduktion der Leiche Karl Liebknechts stellten die Aerzte fest, daß Karl Liebknecht von hinten durch Fernschüsse getötet wurde. Die „Freiheit" berichtet auch, es sei festgestellt worden, daß diese Schüsse aus einer Armeepistole stammen.

Eine Kabeldepesche von Hoover meldet, daß er die für Europa in Betracht kommende Lebensmittelmenge auf insgesamt 1 400 000 Tonnen schätze. Damit solle bis zur nächsten Ernte durchgehalten werden. Er berechnet die Kosten für die zu liefernden Lebensmittel auf 351 Millionen Dollar.

Nach Mitteilungen aus Kurland fluten die Truppen der Reichsdeutschen und baltischen Landeswehr fluchtartig vor den Sowjettruppen zurück. Große Waffen- und Munitionsbestände gingen verloren, hauptsächlich dadurch, daß die Garnisonen in Riga und Mitau durch Landeseinwohner überrumpelt wurden.

Eine vorläufige Provinzialregierung wurde für Ostpreußen geschaffen. Mitglieder der Provinzialregierung sind die in Ostpreußen gewählten Mitglieder der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung. Die Provinzialregierung besteht aus 35 Mitgliedern.

Am 17. Januar wurde die rein deutsche Stadt Jauernig (Schlesien) von tschecho-slowakischen Truppen besetzt.

Auf einer Beratung zwischen Reichsregierung und preußischem Ministerium wurde Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung bestimmt.

Die Alliierten-Konferenz hat die Einbeziehung Deutschlands und der Gebiete der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie in den Völkerbund beschlossen, ferner die Ausschließung der bolschewistischen Teile Rußlands.

Ein amtlicher Bericht von der Pariser Friedenskonferenz besagt, daß Kaiser Wilhelm strafrechtlich und zivilrechtlich für die von seinen Truppen begangenen Verbrechen verantwortlich sei.

Das Große Hauptquartier wurde nach Colberg verlegt.

In Lausanne wurden mehrere Bolschewisten verhaftet, die ein Komplott gegen Clemenceau angezettelt hatten.

Wirtschaftliches.

Neue Bergarbeiterausstände.

Auf sieben Schachtanlagen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Hamborn, sind von 6027 Mann der gestrigen Morgenschicht 4838 Mann ausständig. Auf der Zeche Westfalen fuhr die Belegschaft vollzählig ein.

Bei der gestrigen Frühschicht von 63 oberschlesischen Gruben befanden sich 44 mit über 30 000 Mann im Ausstande.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 21. Januar.

Das Ergebnis der Wahl für Lübeck und Mecklenburg

gestaltet sich nach den bisher vorliegenden Meldungen wie folgt:

Die Montag 3 Uhr 45 Min. nachmittags wurden beim amtlichen Wahlkommissar für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck insgesamt gezählt:

Starosson	205 113	Stimmen,
Dr. Wendorff	126 193	„
v. Graefe	52 540	„
Dr. Faull	17 896	„
Meyer	9 391	„

Es stehen nur noch einige kleine ländliche Bezirke aus, die an dem Endergebnis nichts mehr ändern können.

Es müssen also endgültig als gewählt betrachtet werden:

3 Sozialdemokraten: Starosson, Stelling, Krüger;
2 Demokraten: Dr. Wendorff, Stolovich;
1 Deutschnationaler: v. Graefe.

Verbunden waren die Listen der Deutsch-nationalen Volkspartei, des Dorfbundes und die parteilosen. Die Stimmen, die auf diese Parteien einzeln entfielen, stehen noch aus.

Unsere gestrige Tabelle über das Wahlergebnis muß dahin berichtigt werden, daß im Wahllokal Kasino des Hochöfenwerkes 560 für Starosson, 78 für Wendorff, 82 für Graefe und 6 weitere Stimmen abgegeben wurden, während im Restaurant Hartmann in Kücknitz 122 Stimmen auf die Liste Starosson, 22 auf Wendorff und 41 auf v. Graefe entfielen.

Die Bürgerschaft hielt gestern eine längere Sitzung ab, in der eine ganze Reihe von Notstandsarbeiten bewilligt wurden. Weiter fand eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung die Mitgenehmigung der Bürgerschaft. Die einzelnen Sätze haben wir vor einigen Tagen veröffentlicht. In der Beratung über die Vorlage gaben einige Erstklassige ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß auch Arbeitsscheue die Arbeitslosenunterstützung erhalten könnte. Dann wurde auch auf die angeblich so reiche Arbeitsgelegenheit auf dem Lande hingewiesen. Unsere Genossen Löwigt, Stelling und Henze nahmen das Wort, um die Verhältnisse klarzulegen, wie sie in Wirklichkeit sind. Auf Antrag von Löwigt wurde auch beschlossen, die Einspruchsfrist gegen die Bürgerschaftswählerlisten hinauszuschieben, um den Leuten, welche ihre Aufnahme in den lübischen Staatsverband beantragt aber noch keine Aufnahmeurkunde erhalten haben, das Wahlrecht zu sichern. Im übrigen verweisen wir auf unsern ausführlichen Bericht.

Ueber die künftige Gestaltung der Lübecker Hafen- und Hafenbahnanlagen

hielt Wasserbaudirektor Leichtweiß den Mitgliedern der Bürgerschaft in Anwesenheit von solchen der Handelskammer und des Industrievereins einen eingehenden Vortrag. Er führte aus, daß die Hafenstädte die größten Anstrengungen machen werden, die Uebergangszeit zu bestehen und nicht zuletzt werde es Lübeck sein, das sich auf diesen Konkurrenzkampf vorbereiten müsse. Dazu sei notwendig, daß Lübeck seinen Hafen zu einem solchen ausbaue, der allen modernen Anforderungen entspreche. An der Hand von Plänen erläuterte Leichtweiß die von ihm ausgearbeiteten Hafenprojekte, namentlich die vorgesehenen Hafenbahnanlagen, die außerordentlich vernachlässigt worden seien. Es sind in der Umgebung Lübecks verschiedene Sammel- und Unterbahnhöfe vorgesehen, von denen der Konstignbahnhof und der Lauerhofbahnhof sich bereits in der Ausführung befinden. Die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft hat zugesagt, bei Rothebek einen neuen großen Güterbahnhof zu errichten, von dem aus die Wagen den einzelnen Sammelbahnhöfen zugerollt werden sollen, von wo aus sie dann auf die einzelnen Unterbahnhöfe des Industriegebietes getrieben werden sollen. Nach den Leichtweißschen Projekten kommen die in den Rehderschen Plänen vorgesehenen fünf Brücken über die Trave auf deren Unterlauf in Fortfall, auch die drei Brücken in den in den Israelsdorfer Wiesen anzulegenden drei neuen Hafenbecken. Neue Industriegebiete ohne Wasseranschluß, sondern nur mit Bahnanschluß sind in der Nähe des Struckteiches und bei Padelügge vorgesehen. Die Herrenbrücke, die den Verkehr zwischen Lübeck und Travemünde vermittelt, soll beseitigt und für den Personenverkehr durch eine Schwebefähre ersetzt werden, ebenso soll die Drehbrücke unterhalb der Engelsgrube verschwinden, so daß das gesamte Fahrwasser vom Hafen bis zur See brückenfrei wird. Der Vortragende versicherte, die Pläne seien ausgearbeitet in dem festen Glauben, daß auch die Handelsstadt Lübeck nach Ueberwindung der Uebergangszeit wieder einen kräftigen Aufschwung nehmen werde.

Die Schulforderungen der deutschen Lehrerschaft hat der Lübecker Lehrerverein in seiner Sitzung am Freitag, dem 17. zu beraten begonnen. Kollege Schermer sprach über die ersten beiden Abschnitte des Schulprogramm-Entwurfes, wie er vom Geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Lehrervereins vorlag. Sie fanden nach kurzer Besprechung in folgender Form Aufnahme: I. Wesen und Aufgabe der Schule. 1. Der Volksstaat beruht auf der Erziehung aller Staatsbürger zur höchsten Leistungsfähigkeit und vollen sittlichen Verantwortlichkeit. 2. Die öffentliche Schule muß, dem Wesen des Volksstaates entsprechend, der gesamten Volksjugend Gelegenheit zur Ausbildung aller Anlagen und Kräfte des Körpers und des Geistes geben unter Beseitigung aller Beschränkungen und Beeinträchtigungen für den Erwerb und die spätere Anwendung von Wissen und Können. 3. Darum muß die öffentliche Schule eine einheitlich aufgebaute Volkserziehungsanstalt mit einheitlicher in sich verbundener Verwaltung aller Zweige und Stufen unter weitgehender Beteiligung der Selbstverwaltung sein. 4. Das Berechtigungswesen in seiner heutigen Gestalt ist aufzuheben. Der erfolgreiche Besuch bestimmter Schularten und Schulstufen kann zwar als Nachweis der Befähigung zum Eintritt in bestimmte Berufe oder Berufsschulen anerkannt werden, aber es dürfen andere Anwärter, die ihre Eignung durch tatsächliche Leistungen bekunden, von diesen Berufen und Berufsschulen nicht ausgeschlossen sein. Zu den Berufsschulen in diesem Sinne sind auch die Hochschulen zu rechnen. II. Aufbau. 1. Da sich die Anteilnahme am Leben und Schaffen des Volkes grundsätzlich nach Befähigung und Neigung entscheiden muß, so kann auch die Zulassung zu den öffentlichen Bildungsanstalten nur nach diesen Grundsätzen erfolgen. Das gesamte öffentliche Bildungswesen muß darum nach dem Plan der Einheitsschule aufgebaut werden. 2. Auf der gemeinsamen Grundschule bauen sich die Bürgerschule und die Mittelschule auf. An die Grund-, Bürger- und Mittelschule schließen sich die verschiedenen Formen der zur Hochschule führenden Oberschule an. Auch die Landschule ist diesem Organismus einzugliedern. Das gesamte Berufsschulwesen (Fortbildung- und Fachschulwesen) ist in sich und mit den betreffenden allgemeinen Bildungsanstalten so in Verbindung zu setzen, daß auch auf diesem Wege ein geordneter Aufstieg bis zur Hochschule möglich ist. 3. Für blinde, taubstumme, schwachbefähigte, krankhaft veranlagte, sittlich gefährdete sowie für Krüppelkinder ist erzieherisch und unterrichtlich besonders zu sorgen. 4. Die Versorgung des Staates mit Schulen aller Grade erfolgt nach den tatsächlichen Bedürfnissen und in geordneter einheitlicher Verteilung der Schulen auf das Staatsgebiet.

Wertpakete bis 100 Mark. Den Auflieferern von Paketen kann zu eigenem Nutzen nicht dringend genug empfohlen werden, von der Erleichterung Gebrauch zu machen, die die Postverwaltung in dankenswerter Weise für Wertpakete bis 100 Mark eingerichtet hat. Die Neuerung besteht darin, daß an solche Pakete hinsichtlich ihrer Verpackung keine höheren Anforderungen gestellt werden als bei gewöhnlichen Paketen und daß Versiegelung überhaupt nicht verlangt wird. Die Wertangabe ist nur auf der gelben Paketkarte niederzuschreiben und nicht auch, wie bei den Paketen über mehr als 100 Mark, auf dem Paket selbst. Gegen die Entrichtung der Versicherungsgebühr von 10 Pfg. ersetzt die Post in Verlust- und Beschädigungsfällen unverkürzt den Wert bis 100 Mark. Ueber jede derartige Sendung wird bei der Einlieferung eine Bescheinigung erteilt.

Hansa-Theater. Am Dienstag abend wird im Hansatheater ein Jubiläum gefeiert: die erfolgreiche „Czardasfürstin" geht zum 25. Male in Szene. Am Mittwoch wird dann Herr Edgar Pauly als Hofmarschall Nepomuk in der Gilbertschen Operettenneuheit „Der verliebte Herzog" zum ersten Male gastieren. Die Novität mit Edgar Pauly als Gast wird dann auch weiterhin den Spielplan beherrschen.

* **Großer Einbruchsdiebstahl.** Am Freitag, dem 17. ds. Mts., in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags, sind aus einem Hause in der Curtiusstraße folgende Sachen mittels Einbruches gestohlen

worden: 1 Frack-Anzug, hergestellt von einer englischen Firma, 1 Cutaway, 3 Beinkleider und ein weißes wollenes Beinkleid, hergestellt von der Firma Böttcher und Kahns, Hamburg, desgleichen ein guter Sommerpaletot, 1 Lodensportanzug, hergestellt von der Firma Spille und v. Lühmann, Lübeck. 1 goldene Zylinder-Uhr, 1 goldene Schnupftabaksdose mit dem Bildnis Napoleons, 3 Dtz. vergoldete Eislöffel mit großem Vorlegelöffel, 1 Dtz. silberne Mokka-Löffel, 1 Dtz. silberne Gabeln, gez. A. J. M., 1 Dtz. silberne Suppenlöffel, gez. A. J. M., 1 Dtz. silberne Messer, gez. A. J. M., 1 Garnitur bestehend aus 2 silbernen Saucen- und 2 Kompottlöffeln, 1 Tortenschaufel, gez. M., 1 silberne Garnitur bestehend aus 2 silbernen Saucenlöffeln, 2 Forken, 1 Buttermesser und einem Käsemesser, 1 silberne Garnitur bestehend aus einer Klöterbüchse, 1 Suppenterrine, 1 Serviettenring, 1 Trinkbecher, 1 Eierlöffel und 1 Eierbecher gez. A. M., 1 silberne Garnitur bestehend aus Butter-, Käse-Messer und 2 Forken, 6 silberne Forken, 1 silberne Garnitur bestehend aus 2 Forken, 1 Butter- und ein Küchenmesser, 12 silberne Gabeln, 12 silberne kleine Gabeln, 12 silberne Suppenlöffel, 12 silberne Messer, 12 silberne kleine Löffel, 4 silberne Salzfässer, 1 silberne Zuckerdose, gez. M. M. und 1 Dtz. silberne Suppenlöffel, gez. E. M., 12 Dtz. kleine silberne Löffel, gez. E. M., 25 silberne Messer, gez. E. M., 9 kleine silberne Löffel, gez. L. J. M., 1 silberner Becher, gez. O. L. M., desgleichen gez. A. M., desgleichen gez. J. M., 1 Serviettenring gez. J. M. Ferner verschiedene Jubiläumsmünzen. Der Bestohlene sichert für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen eine Belohnung von 1000 Mark zu.

Provinz Lübeck. Die Wahlresultate für die Provinz Lübeck liegen nunmehr vollständig vor. Es entfielen danach auf die Sozialdemokraten 10 569, Unabhängige 144, Demokraten 5258, Nationale Volkspartei 4424, Deutsche Volkspartei 279, Zentrum 214, Land-Demokratie 132 Stimmen. Die gestern nicht veröffentlichten Ergebnisse sind folgende:

	Soz.	Unabh.	Dem.	Nation. Volksp.	Zentr.	Land-Dem.	Deutsch. Volksp.
Gleschendorf	368	—	199	271	1	7	—
Siblin	260	—	93	267	8	—	5
Ost-Ratekau	305	—	215	142	25	2	—

Eutin. Das Fürstentum Lübeck und die Neuwahlen zum Oldenburgischen Landtag. Das Direktorium hat in seiner letzten Sitzung zu der Frage der sofortigen Einberufung der oldenburgischen verfassunggebenden Landesversammlung Stellung genommen und folgendes beschlossen: 1. Der Landtag wird entsprechend den nach der Umwälzung festgesetzten und allgemein anerkannten Richtlinien auf Donnerstag, den 23. Januar einberufen. 2. Dem Landtage werden zur sofortigen Beschlußfassung Wahlgesetze für die oldenburgische verfassunggebende Landesversammlung und die Gemeindevertretungen vorgelegt. 3. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung sollen am Sonntag, dem 23. Februar stattfinden. Das Wahlgesetz, das vom Landtage zuerst verabschiedet werden soll, enthält die bemerkenswerte Bestimmung, daß der Freistaat Oldenburg nur drei Wahlkreise enthält. Die Provinz Oldenburg (das ehemalige Herzogtum) ist ein Wahlkreis, die Provinzen Lübeck und Birkenfeld auch jede ein Wahlkreis. Selbstverständlich wird die Verhältniswahl angewendet. Die Zahl der Abgeordneten ist auf 48 festgesetzt, je 1 auf 10 000 Einwohner. Der Landtag zählte 44 Abgeordnete.

Hamburg. Raubüberfall auf ein bejahrtes Ehepaar. In der Nacht zum Sonntag ist eine aus vier Personen, zwei Uniformierten und zwei Zivilisten bestehende Bande in die in der Margarethenstraße belegene Wohnung des 66 Jahre alten Schuhmachermeisters Frenzel eingedrungen und hat dort in unverschämtester Weise gewütet. Drei der Banditen fielen über die im tiefsten Schlaf liegenden Leute her und würgten sie, daß sie bewußtlos wurden. Dann nahmen die Eindringlinge einen Pappkasten, der 70 000 Mk. in Kassenscheinen und 80 Mk. in Goldgeld enthielt, und entfernten sich über eine Leiter, mit deren Hilfe sie in das Haus gekommen waren.

Hamburg. Ihre Aemter niedergelegt haben, wie sie dem großen Arbeiterrat schriftlich mitteilten, die Unabhängigen Dr. Lauffenberg und Dr. Herz. Wie es in dem Schreiben von Dr. Herz heißt, greifen der Siebenerausschuß des Soldatenrates und andere unbekannte militärische Dienststellen seit Wochen in das Tätigkeitsgebiet der Justizkommission ein und nehmen selbständig Verhaftungen und ähnliche Maßnahmen vor und verletzen dadurch die von dem Siebenerausschuß mitgeschaffenen Bestimmungen über die Geschäftsverteilung innerhalb der Exekutive des A.- und S.-Rates. In dem Schreiben, in dem Dr. Lauffenberg seinen Rücktritt als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates mitteilt, wird gesagt: Der Umstand, daß die Errichtung einer Volkswehr wiederholt beschlossen, aber der Arbeiterschaft bisher jegliche Bewaffnung verweigert worden sei, habe das Schwergewicht im A.- und S.-Rat in den S.-Rat und in das Polizeipräsidium verlegt. Der Dreißigerausschuß habe sich in letzter Zeit in wachsendem Maße in einseitig parteipolitischem Sinne geändert. Alle polizeilichen und Sicherheitsmaßnahmen geschähen ohne sein (Lauffenbergs) Vorwissen; er sei verantwortlich für Dinge, bei denen er in keiner Weise mitwirke und die er nicht billigen könne. Kalweit erklärte im Namen der Kommission für Polizei- und Sicherheitswesen, daß die gesamte Kommission, die sich paritätisch aus Mehrheits- und Minderheitssozialisten zusammensetze, einheitlich ihren Posten niederlege, weil sie keine Garantie für die Sicherheit Hamburgs übernehmen könne. — Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Hamburg am 18. Januar 65 818. — Genosse Heinrich Schönberg, eine markante Persönlichkeit der Hamburger Arbeiterschaft, ist Montag gestorben. Ausgerüstet mit den äußerst geringen Kenntnissen einer mecklenburgischen Dorfschule, trat er in die Arbeiterbewegung ein. Was er geworden, wissen alle, die mit ihm in persönlichen Verkehr kamen oder seine öffentliche Tätigkeit beobachteten, weiß vor allem seine gewerkschaftliche Organisation, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Die hiesige Filiale verliert in ihm den lange Jahre unermüdlich und selbstlos tätigen Vorsitzenden und Geschäftsführer, zugleich aber eine geistige Kraft, deren Wirken jedem einzelnen Mitgliede fühlbar wurde. Sein energisches Eintreten für die Interessen der hamburgischen Staatsarbeiterschaft büßte er mit zeitweiliger Entziehung seiner persönlichen Freiheit. Ein mehrmonatiger Aufenthalt im Gefängnis Fuhlsbüttel stärkte die schleichende Krankheit, die an seinem Körper nagte. Erst 48 Jahre alt, schied er aus dem Leben. Ein echtes und rechtes Proletarierleben!

Kiel. In einer Sandkuhle erstickt. Die jetzt übliche Soldatenspielerei der Kinder hat zu einem tödlichen Unglücksfall geführt. An der Sandkuhle hatten Kinder gegenüber der Schule einen „Unterstand" gebaut. Um denselben zu festigen, hatten sie unter den Ueberresten des alten Frankensteinschen Gebäudes einen Gang eingebaut. Mittags löste sich nun ein Teil dieser Mauer und verschüttete drei im „Unterstand" befindliche Knaben. Zwei davon konnten sich noch retten und versuchten auch, den dritten herauszugraben. Als ihnen dies nicht gelang, riefen sie Passanten an. Die Feuerwehr konnte den armen Jungen nur als Leiche ans Tageslicht befördern. — Einer Gasvergiftung sind zwei Kinder des Deckoffiziers Besch zum Opfer gefallen. Der Unglücksfall ist dadurch entstanden, daß der Gaskocher nicht ganz geschlossen war. Der Ehemann ist kürzlich mit der Eisernen Division ausgerückt.

Itzehoe. Kampf mit Einbrechern. In der Nacht zum Freitag drangen fünf Feldgraue in den Besitz des Hofbesitzers Reiner Voß im benachbarten Oelisdorf ein. Als sie die Kornbodenkammer erbrachen, um zur Räucherkammer zu gelangen, erwachten die Bewohner des Hauses. Die Einbrecher traten Voß und dessen Sohn mit dem Revolver entgegen. Es gelang ihnen, sich ebenfalls zu bewaffnen und einige Schüsse abzugeben, worauf die Einbrecher flohen. Eine Stunde später klopfte es an die Tür von Voß. Blutüberströmt bat einer der Einbrecher, der einen Lungenschuß erhalten hatte, um Einlaß. Der Amtsvorsteher veranlaßte seine Überführung in das Julienstift in Itzehoe. Es ist ein Arbeiter aus Wilster, seine vier Helfer sind aus Itzehoe. Er liegt bedenklich danieder.

Bremen. So geht es nicht weiter. Wie im kommunistischen Organ mitgeteilt wird, hat der Erlaß des Rates der Volksbeauftragten über die Wahl einer Volksvertretung folgende Vorgeschichte: Der neue Volkskommissar für Finanzwesen fand bei seinem Amtsantritt, daß der bremische Staat Verpflichtungen von etwa 130 Millionen Mark innerhalb der nächsten zwei Wochen zu erfüllen hätte. Da von vornherein damit zu rechnen war, daß die Banken im Reiche einem proletarischen, revolutionären Bremen keinen Kredit gewähren würden, so hat der Rat der Volksbeauftragten die Direktoren der hiesigen Banken zu einer Besprechung zu sich. Sie erklärten, daß die Banken im Reich Bremen jeden Kredit gekündigt und erklärt hätten, ihn auch nicht eher wieder zu gewähren, als nicht verfassungsmäßige Garantien dieser Geiler gegeben seien. Der „Kommunist" bemerkt dazu, als Ausweg gäbe es für den Rat der Volksbeauftragten entweder die radikale proletarische Diktatur oder den Rücktritt. Die erstere sei im engen Kreise eines Stadtbezirkes unmöglich, der zweite würde nur eine Aufschiebung der Lösung bedeuten. So bliebe also nur, mit dem Massenstreik das schwere Geschütz der Hochfinanz zu beantworten. Dementsprechend ist nun in Flugblättern für Dienstag und Mittwoch der Massenstreik in Bremen proklamiert worden, der anscheinend von den bewaffneten Arbeitern bei denen, die nicht mitmachen wollen, erzwungen werden soll. Montag abend erschienen drei Trupps der Bewaffneten vor dem Rathause, vor der Post und der Börse. Zu Absperrungen brachte man dort auch wieder Maschinengewehre in Stellung. Die Reichsbank-Hauptstelle wurde von 20 bewaffneten Arbeitern besetzt. Zugleich begab sich auch eine größere Abteilung bewaffneter Arbeiter zu den Kasernen und drang, ohne Widerstand zu finden, in diese ein. Sie verlangten die schon mehrfach von radikaler Seite geforderte restlose Entwaffnung des Militärs. Es kam zu Verhandlungen mit dem Soldatenrat, die das Ergebnis hatten, daß die Garnison nur die für den Wachtdienst nötige Anzahl Gewehre behielt. Dagegen wurden die noch vorhandenen etwa 20 Maschinengewehre von den bewaffneten Arbeitern in Besitz genommen und weggeführt. Von dem Kommissariat für Lebensmittelversorgung wird heute bekanntgegeben, daß im Einvernehmen mit dem Streikkomitee die Lebensmittelgeschäfte am ersten Streiktage bis mittags 12 Uhr geöffnet sein dürfen, ebenso die verwandten Betriebe, doch ausschließlich der Eisenbahnen, so daß auch mit zwangsweiser Einstellung des Zugverkehrs gerechnet werden muß.

Montag abend wurden schon verschiedentlich Bäckerläden in der Stadt ausgekauft in Erwartung des Streiks. Die Bremer Aerzteschaft und die in den Krankenhäusern und Lazaretten tätigen ärztlichen Kräfte sowie die Apotheker haben beschlossen, ihre gesamte berufliche Tätigkeit einzustellen, sobald der politische Streik den Verkehr in Bremen und die Versorgung der Bevölkerung in gefahrdrohender Weise unterbunden oder von der gegenwärtigen bremischen Regierung Verhaftungen bremischer Einwohner vorgenommen oder zugelassen werden. Unter der nicht kommunistischen Arbeiterschaft besteht nach dem „H. Frdbl." wenig Neigung, der Aufforderung der kommunistischen Minderheit Folge zu leisten. Insbesondere haben sich die Arbeiter der Lagerhausgesellschaft und die Vertrauensleute der Mehrheit der Eisenbahner dagegen erklärt.

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben

für den

Lübecker Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenten und Mitglieder!

Neueste Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 21. Januar. Die Reichsregierung hat die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einberufen. Die Berufung nach Weimar entspricht in der Hauptsache einem Wunsche der süddeutschen Staaten. Es ist nicht daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen.

Unabhängige Abgeordnete.

Berlin, 21. Januar. Die „Freiheit" berechnet für die Unabhängigen folgende Mandate: Berlin 4, Teltow-Beeskow 1, Niederbarnim 2, Groß-Thüringen 4, Regierungsbezirk Merseburg 5, Sachsen 3, Hamburg-Bremen 1, Arnsberg 1, Düsseldorf 1, Bayern 2, zusammen 24.

Ständige Spartakuskämpfe.

Berlin, 21. Januar. Die Schießereien im Berliner Zeitungsviertel sind dort in den Abendstunden zu einer ständigen Gewohnheit geworden. Gestern abend ging es dort noch heißer als gewöhnlich her. Eine bewaffnete Spartakusbande unternahm gegen 7 Uhr abends auf den Anhalter Bahnhof einen Angriff mit Gewehren und Handgranaten, der aber von den Regierungstruppen abgeschlagen wurde. Im Anschluß daran entwickelten sich die vom Anhalter Bahnhof bis zum Hafenplatz üblich gewordenen Schießereien von den Dächern, die zeitweilig eine Umlegung des Straßenbahnverkehrs nötig machten. Später setzten sich die Schießereien in der Königgrätzer Straße, Dessauerstraße, Prinz-Albrecht-Straße und Köthenerstraße in weitestem Umfange fort. Die Luft war erfüllt von dem ohrenbetäubenden Lärm der Gewehr- und Handgranaten. Die große Menschenmenge, die die Gegend belebte, geriet in ernstliche Lebensgefahr.

Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 21. Januar. Die „Freiheit" veröffentlicht die Einladung der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu einem außerordentlichen Parteitag auf Sonntag, dem 2. Februar nach Berlin. Ueber die Aufgaben der Partei wird Haase, über die Organisation Dittmann Bericht erstatten.

Die Lage in den Kohlengebieten.

Breslau, 21. Januar. Als in der Sitzung der streikenden Grubenarbeiter Oberschlesiens gestern bekannt wurde, daß eine Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung eingesetzt werden wird, wurde einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Essen (Ruhr), 21. Januar. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat eine größere Ausdehnung angenommen. Die Zahl der Streikenden ist auf 10 000 angewachsen. Nachmittags sind die Belegschaften von 13 Schachtanlagen ganz oder teilweise in den Ausstand eingetreten.

Bolschewistenvormarsch?

Frankfurt, 21. Januar. Die „Frankf. Ztg." meldet einen Funkspruch aus Paris, wonach die bolschewistische Armee, ohne wesentlichen Widerstand seitens der Polen zu finden, auf Warschau marschiert.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

An die Einwohner Lübecks und Umgegend.

Wenn wir uns mit nachfolgenden Zeilen an die Oeffentlichkeit wenden, so geschieht es aus dem Grunde, um Klarheit zu schaffen, welches die Triebfäden unseres Handelns sind.

In den 4¼ Jahren des alles vernichtenden Weltringens waren es vor allem die Eisenbahner, welche alle anderen Interessen zurückstellend, immer nur zu jeder Zeit bestrebt waren, zum Besten der Allgemeinheit ihre schwere Pflicht zu erfüllen. Sie haben nicht um Anerkennung gebuhlt, sondern waren sich ihrer schweren Aufgabe voll und ganz bewußt. Was war aber der Dank für all die Aufopferung? In den ersten Jahren wurde so viel wie nichts getan, um den schwer um ihre Existenz ringenden Eisenbahnern ihre Lage zu verbessern. Später wurden zwar Teuerungszulagen gezahlt und Lohn- bezw. Gehaltsaufbesserungen vorgenommen, aber auch dieses, in so ungenügender Weise, daß von einer durchgreifenden Hilfe keine Rede sein konnte. Der Eisenbahner verschuldete immer mehr und mehr. Kleine Notgroschen wurden aufgezehrt und so sah der Eisenbahner, dem alle Rechte vorbehalten waren, einer trüben Zukunft entgegen. Da, am 9. November, als die Revolutionsstürme durch das deutsche Land brausten und alles, was morsch und brüchig war, zusammenstürzte, glaubte auch der so lange in der Unfreiheit gehaltene Eisenbahner seine Zeit für gekommen. Der 8-Stunden-Tag wurde von den überarbeiteten Angestellten und Arbeitern lebhaft begrüßt. Leider brachte er noch einer großen Anzahl nicht das, was das Gesetz vorschreibt; sondern nach wie vor müssen 10 Stunden und darüber Dienst geleistet werden. Die Angestellten und Arbeiter der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sind gegenüber den Angestellten und Arbeitern der Staatsbahn stark benachteiligt. Nicht allein, was Dienst und Arbeitszeit anbelangt, sondern auch in der Entlohnung. Mit Dank wurde es begrüßt, daß die Leitung der Staatsbahn in weitherzigster Weise ein neues Lohn- und Besoldungsgesetz erließ. Hofften wir doch mit Recht, daß auch die Leitung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft ihren Angestellten und Arbeitern in gleicher Weise entgegenkommen würde. Aber auch hierin hatten sich die hiesigen Eisenbahner getäuscht. Es mutet eigentümlich und nicht gerade befriedigend an, wenn zwei Angestellte derselben Dienst- und Altersgrenze ein und dieselbe Arbeit verrichten und mit einem Unterschiede von 80 Pfg. die Stunde entlohnt werden. Die Angestellten und Arbeiter der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft haben alles versucht, auf dem Wege der Verhandlung eine Einigung betreffs der Dienst- und Entlohnungsfrage zu erzielen. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger, als Gleichstellung in jeder Beziehung mit der Staatsbahn. Wenn uns dieses nicht zugestanden wird, können wir für die Folgen, welche wir nicht verkennen und welche wir im Interesse der Allgemeinheit gern ungeschehen sein ließen, nicht aufkommen. Arbeitseinstellung und Lahmlegung des Verkehrs wären die üblen Folgen, für welche aber nicht wir, sondern die Verwaltung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft die Verantwotrung zu tragen hat.

Die Eisenbahner.

Notstandsarbeit und Frau und Kinder!

Es sind Notstandsarbeiten angeordnet und Löhne festgesetzt. Aber welche! Ein Arbeiter über 20 Jahre bekommt 1 Mk. die Stunde, ein Verheirateter 1 Mk. 6 Pfg. Nun möchte ich fragen, ob man bei diesem Lohn Frau und Kinder ernähren kann? Wenn hier nicht soviel bezahlt wird, wie die Arbeitslosen erhalten, so werden nicht viele an den Notstandsarbeiten teilnehmen und die schon tätig sind, werden die Schaufel bald niederlegen. Wir fordern dieselben Kinderzulagen, wie sie die Arbeitslosen erhalten, und freie Fahrt vom 18. 1. 1919 an für alle Arbeiter. Im Interesse einer geregelten Weiterarbeit erbitten wir innerhalb acht Tagen endgültige Antwort.

X.

Warum gehen wir leer aus?

Der Lübecker Vorstand des Landesversorgungsamtes, Abteilung III, hat den Arbeitslosen Büchsenfleisch in Dosen von ca. 3—4 Pfund überwiesen und wir, die wir alle Tage unsere schwere Arbeit verrichten, müssen mit blutendem Herzen ansehen, wie andere mit dem Büchsenfleisch nach Hause gehen. Warum sind die in ständiger Arbeit Stehenden bei dieser Belieferung übersehen worden und warum ist das Büchsenfleisch nicht an jede arbeitende Haushaltung verteilt worden? Den Arbeitslosen gönnen wir die Liebesgabe von Herzen! Wir Arbeiter sind aber der Meinung, daß wir lange genug gedarbt und gehungert haben, um endlich einmal etwas mehr Fleisch zu bekommen. In uralten Zeiten gab es in Lübeck auch Schweinefleisch. Unseres Erachtens nach sind seit jener Zeit mehrere Generationen Schweine gezüchtet, gemästet und voraussichtlich auch geschlachtet worden, doch haben wir bisher keins mehr gesehen. Dafür gibt es aber Weißwurst ohne Marken zu kaufen, das Pfund zu 4 Mark! Preis und Güte differieren hier bedenklich. Dann ist vielleicht noch die Frage erlaubt, wo die gute Butter bleibt? Eine klipp und klare Antwort ohne langatmigen amtlichen Sums dürfen wir wohl erwarten.

Darbende Arbeiter.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Teerwrakers auf dem hiesigen Teerhof ist zum 1. April zu besetzen. Die Anstellung erfolgt unter Vorbehalt gegenseitiger dreimonatiger Kündigung. Mit der Stelle ist außer freier Wohnung ein nicht pensionsfähiges Gehalt von 145 Mark monatlich verbunden, wozu zurzeit eine Teuerungszulage nach Maßgabe der für ständig beschäftigte staatliche Angestellte vorgesehenen tritt.

Bewerber, die mit dem Verladewesen genau vertraut, umsichtig, durchaus zuverlässig, gesund, kräftig und tunlichst auch mit Böttcher- oder Zimmererarbeiten bewandert sind, wollen schriftliches Gesuch mit Lebenslauf bis zum 31. ds. Mts an die Handelskammer, Breite Straße 6, einreichen.

Lübeck, den 18. Januar 1919.

8281) **Die Handelskammer.**

Reichsamt
für die wirtschaftliche Demobilmachung.
(Demobilmachungsamt.)

Bekanntmachung

Nr. F. R. 790/12. 18. R. R. A.

Zu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 999) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die gewerbsmäßige Herstellung von Mischungen aus
1. schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat,
2. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat,
3. schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat und Kali,
4. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat und Kali

wird mit der Maßgabe gestattet, daß die fertige Mischung mindestens 4 v. H. wasserlöslicher Phosphorsäure und höchstens 4 v. H. Kali (K_2O) enthält.

Artikel II.

Die gewerbsmäßige Herstellung dieser Mischungen ist nur denen gestattet, die sie schon vor dem 1. August 1914 gewerbsmäßig hergestellt haben.

Artikel III.

Der Preis der Mischungen berechnet sich nach dem Höchstpreis für Stickstoff und Phosphorsäure. Der Kalipreis darf 30 Pfg. für das Kilo Kali (K_2O) nicht übersteigen.

Als Mischlohn dürfen außer dem Höchstpreis 2,20 Mk. für 100 Kilogramm berechnet werden.

Artikel IV.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Dezember in Kraft.

Berlin, den 21. Dezember 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung.
(Demobilmachungsamt.)
Koeth. (8284

Am 20. Januar starb unser Kollege, der Hilfsmaschinist

Max Kopp.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr von Herrenwyk, Kolonie 1 5. (8288

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Die Arbeiterschaft des Hochofenwerks.

Bekanntmachung,

betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1919 das sechste Lebensjahr vollenden können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern dieses Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Für Kinder, die Ostern dieses Jahres die Schule noch nicht besuchen sollen, muß unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses ein Antrag auf Befreiung bei der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4/1, gestellt werden.

Eltern deren Kinder zu Ostern 1919 in eine städtische oder ländliche Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebietes (Travemünde, Rüdnitz, Schlutup, Moisling, Siems und Stockelsdorf) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder im Laufe des Monats Januar bei den Rektoren bezw. Bezirksschullehrern der betreffenden Schule anzumelden.

Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung der Geburtsschein vorzulegen. (8285

Lübeck, d. 10. Januar 1919

Die Oberschulbehörde.

Haushälterin

gesetzten Alters, zur Führung eines besseren Arbeiterhaushaltes und zur Beaufsichtigung von 2 Kindern im Alter von 5 u. 7 Jahren gesucht. Schriftl. Ang. u. HB 100 a. d. Exp. d. Ztg. (8296

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, sowie den Meistern und Arbeiterinnen der Firma Carl Thiel u. Söhne und den Beteiligten des Sozialdemokratischen Vereins unsern innigsten Dank. (8295

Bernh. Mengel
und Kinder.

Tüchtiger energischer

Gesangslehrer

f. Arbeitergesangverein gesucht. Offerten an

Reinhold Fessel
8297) Bertenwerf, Kolonie 167

Militär-Extra-Mütze
zu verkaufen.
(294) Lützowstr. 29 a.

1000 Mk. mündels. zu bel.
(292) Stockelsdorf, Mühlstr. 14

Verloren ein weißes Kuvert mit abgeschnittener Briefmarken. Wiederbringer Belohnung. (8287
Renfefeld, Schnoorstr. 28.

Ehrenerklärung.

Die Ausdrücke, die ich gegen Frau **W. Timmermann** und dem Arbeiter **Ernst Scheur** ausgesprochen habe, erkläre ich hiermit als unwahr. (8283

Renfefeld, Jan. 19.

Heins, Wachtmeister a. D.

Gas-, Wasser-, Klingel- und Dachrinnen-Reparaturen
werden billigst u. gut ausgeführt
Th. Schlunke, Rohrleger,
8279) Untere Querstr. 17.

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Lauschin, Glasmalerei,
Fischbauerstr. 55. Fernruf 2806.

HOLSTENHAUS
G. m. b. H. LÜBECK.

Sie kaufen vorteilhaft

bei uns

in der Teppich-Abteilung:

Tischdecken

rund und eckig
bunt gewebt und bastfarbig, mit Kurbel-Stickerei, Borte und Fransen

Größe 130×160 cm 16,50 21,00 **13,50 ℳ**

Größe 150×165 cm 32,00 27,50 **20,50 ℳ**

Diwandecken

bunt gewebt und bestickt

Größe 150×300 cm 85,00 **48,00 ℳ**

Vorhänge

mit Kurbelstickerei und Aufnäharbeit
2 Schals und 1 Querbehang

35,25 32,00 30,75 25,50.

Läuferstoffe

in schöner Ausmusterung, 67 bis 90 cm breit . Meter Mk. 14,50 bis 5,00 und **3,50**

Möbel- u. Vorhangstoffe

gobelinartig, 130 cm breit Meter Mk. 15,50, **14,50**

kretonneartig, 80 cm breit Meter Mk. **8,50**

Querbehänge 30—40 cm br. Mtr. Mk. 3,50 **2,95**

Wachstuche Meter 16,75 14,50 **12,50**

Sofakissen

fertig mit Füllung

Mk. **6,95 8,75 12,50.**

Schutzhaftgefangene, Aufenthaltsbeschränkte.

Schließt Euch zur Wahrung Eurer Interessen dem Verband ehemaliger Schutzhaftgefangener, dessen Sitz Berlin, Abgeordnetenhaus, Saal 6, ist, an. (8291

Persönliche Auskünfte werden erteilt am 24., 25. und 26. Januar von 5—7 Uhr abends, Moislinger Allee 6 a, I.

Der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener.

Enorm billig

Ein Posten **weiße Damen-**

Wasch-Blusen

zum Aussuchen.

Serie I	Serie II	Serie III
6⁹⁵	8⁷⁵	10⁵⁰
Serie IV	**Serie V**	**Serie VI**
12⁵⁰	14⁸⁰	16⁵⁰

Ein enormer Posten **Südwester**

in gemusterten Stoffen, ger. Cord und Sammet

Serie I	Serie II	Serie III
95 ₰	1⁹⁵	2⁹⁵
Serie IV	**Serie V**	**Serie VI**
3⁹⁵	4⁹⁵	5⁹⁵

Kaufhaus

Hans Struve

(8286

Extra starke Hand-

Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich
8283) Mühlenstr. 28.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zu kaufen gesucht (8247

Haushaltslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.

F. Walters, Wallenhofstr. 25.
Telephon 2430.

NV

Nordische Verkehrs-Zentrale
Vollerts Reisebureau
Versicherung und Beförderung von Reisegepäck.
Fahrkarten.
9.00 bis 5.00. Tel. 8868. (8299

Postkartenbriefe
sind vorrätig.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Dienstag, abends 7 Uhr:
Zum 25. Male:

Die Czardasfürstin.

Operette von Emerich Kálmán.

Mittwoch: Zum ersten Male:

Der verliebte Herzog.

Hofmarschall Nepomuk:
Edgar Pauly als Gast. (8282

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 8290

Dienstag, den 21. Januar
15. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Sigurd Braa.

Schauspiel in 4 Akten von Johan Bojer.

Mittwoch, den 22. Januar:

Der Barbier von Sevilla.

Donnerstag, den 23. Januar:
für die Schauspielgemeinde. Gelbe Karten.

Die Lokalbahn.
Die feurige Metten.

Freitag, den 24. Januar:

Die Zauberflöte.

Buchdruckerei

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen Preislisten, Zirkularen, Formularen für Behörden und Private, Reklamedrucksachen, Familienanzeigen, Festschriften Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Bank-Konten:
Lübecker Privatbank.
Vorschuß- und Spar-Verems-Bank in Lübeck.

Nr. 17
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag
den 21. Januar 1919

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 20. Januar.

Beginn 6.15 Uhr. Wortführer Dimpker.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht Löwigt, die Einspruchsfrist für die Bürgerschaftswahlen um eine Woche zu verlängern, damit diejenigen, die ihre Aufnahme in den lübischen Staatsverband beantragt, aber ihre Aufnahmeurkunde noch nicht erhalten haben, noch Staatsangehörige werden können. Redner stellt einen dementsprechenden Antrag und verbindet damit die Forderung von Aug. Pape, die Wahlzeit in der Stadt von 9 bis 6 Uhr festzusetzen.

Ein Bürgerausschußbeschluß wird sofort herbeigeführt und der Antrag dem Senat überwiesen.

1. Antrag: **Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges.**

2. Antrag: **Verstärkung des Abschnittes XIX des Haushaltsplans für 1918.**

Werden genehmigt.

3. Antrag: **Weitere Ausgaben von Notgeld.**

Bruns wünscht rechtzeitige Bekanntgabe der Verlängerungsfrist des Notgeldes, um ängstliche Gemüter zu beruhigen.

Senator Dr. Neumann sagt Verlängerung der Gültigkeit bis 31. März zu.

Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.**

Dr. Wittern meint, die Bürgerschaft sollte sich in ihrer heutigen Zusammensetzung einer Beschlußfassung über diesen Punkt enthalten. Im weiteren übt Dr. Wittern Kritik an dem Verhalten der Bürgerschaft und behauptet, die eben vorgekommene schnelle Beschlußfassungsverfahren entspreche nicht ihrer Würde.

Vom Wortführer wird diesen Ausführungen widersprochen.

Senator Dr. Neumann betont, die bisher gültigen Sätze für Arbeitslose hätten den Forderungen entsprochen, die in Berlin als Mindestsätze empfohlen worden seien. Sie hätten bei den Erwerbslosen Mißstimmung erzeugt. Bei der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedeutung dieser Frage habe sich auch der A.- und S.-Rat damit beschäftigt und Vorschläge gemacht. Volle Einmütigkeit sei im Arbeitsamt zwischen den Beteiligten nicht erzielt worden. Die Vertreter der Erwerbslosen hätten die Einwände des Arbeitsamtes aber gewürdigt und mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihre Zustimmung gegeben. Die bisher gezahlten Sätze von 4 Mark seien unzureichend gewesen, um so mehr, als mit diesen 4 Mark eine Familie bis zu 4 Köpfen habe erhalten werden müssen, was bei den heutigen Verhältnissen nicht möglich sei. Man müsse auch in Betracht ziehen, daß es sich bei den Erwerbslosen vielfach um Kriegsteilnehmer handle, die Verhältnisse vorgefunden hätten, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Rücksicht auf unsere finanzielle Lage müsse aber vor allem genommen werden. Das beste sei selbstverständlich die Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Bis an die Grenze des Möglichen sei man mit der Bewilligung der neuen Erwerbslosensätze gegangen.

Löwigt wendet sich gegen Dr. Wittern, der meinte, in dieser Angelegenheit sollte der kommenden Bürgerschaft die Verantwortung übertragen werden. Hierfür sei kein Grund vorhanden. Aus den Worten Dr. Witterns habe man den Eindruck gewinnen können, daß er aus Verärgerung über die neuen Verhältnisse gesprochen habe und von der kommenden Bürgerschaft wenig erbaut sei, in die er wahrscheinlich nicht mehr gewählt werde. Die Würde des Hauses über den eben gefaßten Beschluß sei gewahrt, denn es handle sich um eine Angelegenheit, die für viele Einwohner Lübecks von großer Bedeutung sei. Diese Erledigung mußte schnell geschehen. Herr Dr. Wittern hätte ja vorher sagen können, was ihm nicht passe. Die Lage der Arbeitslosen erheischt sofortiges Eingreifen, und was ihnen hier gewährt werden soll, ist das mindeste, was zum Lebensunterhalt notwendig ist. Es liegt kein Grund vor, die Unzufriedenheit unter den Arbeitslosen noch zu vermehren. Jeder sozial Empfindende muß die Forderungen als gerecht anerkennen.

Dr. Wittern betont, sein Verhalten entspreche nicht der Verärgerung, sondern der der Verantwortung. Es fehlte der Vorlage an begründendem Material. Die Begründung des Senats sei ihm heute verständlich. Redner denke nicht daran, den Arbeitslosen das Notwendige vorzuenthalten, aber die Erwerbslosigkeit müsse auch nachgewiesen werden, um unsere Volkswirtschaft nicht dem Ruin entgegenzuführen. Es sei schon der Fall eingetreten, daß Arbeit abgelehnt worden sei, um die Unterstützung nicht zu verlieren. Läge eine tatsächliche Gewähr vor, dann schrecke er selbst nicht vor einer Erhöhung zurück.

Vom Senatstische wird betont, daß nur wirklich Erwerbslose unterstützt werden. Mißbräuche kämen natürlich auch vor.

Löwigt: Wenn Herr Dr. Wittern sich nur gegen die ungenügende Begründung beschwert, ist dagegen nichts einzuwenden. Er hat aber die Begründung nicht gekannt und die Vorlage doch abgewiesen, obwohl es jetzt an der Zeit ist, eine Erhöhung der Unterstützung eintreten zu lassen. Dr. Witterns Vorwurf der Würdelosigkeit gegen die Bürgerschaft steht aber mit der ungenügenden Begründung dieser Vorlage in gar keinem Zusammenhang. Es stimmt durchaus, daß nur der Erwerbslosenunterstützung bekommt, der keine Arbeit findet. In der Vorlage steht auch ganz richtig, daß die beste Vorsorge die Schaffung von Arbeitsgelegenheit ist.

Heise fragt an, ob es nicht möglich sei, die Lebensmittelpreise abzubauen. Vielleicht könne man mit dem Fleischpreis anfangen. Die Viehhandelsverbände hätten viele Millionen verdient. Auch der Butterpreis stehe in keinem Verhältnisse zu dem, was die Erzeuger erhielten.

Aug. Pape weist auf die Arbeitsgelegenheit im benachbarten Landgebiete hin. Die Arbeitslosen müßten nach Möglichkeit dort untergebracht werden. Nicht einmal die Rübenernte konnte geborgen werden, da sich Arbeitskräfte nicht einstellten.

Dr. Wittern bekennt sich jetzt zu der Notwendigkeit der Vorlage.

Henk betont, die Landwirte bekämen für das Vieh meistens nur 50—70 Pfg. pro Pfund, nur beste Ware werde mit 90 Pfg. bezahlt. Redner macht auf den Arbeitermangel auf dem Lande aufmerksam. Es würden Kräfte verlangt, doch müßten sie auch etwas von der Landarbeit verstehen.

Wandke gibt die Gründe für die Abneigung vieler Arbeitslosen gegen die Landarbeit bekannt. Wenn ein Mann vier Jahre im Felde gewesen sei, könne man ihm nicht zumuten, sich sofort wieder von seinen Angehörigen zu trennen.

Aug. Pape: Zu den meisten Arbeiten gehört nicht besondere Sachkenntnis, sondern nur guter Wille. Redner wendet sich gegen die besonderen Zuwendungen für die Arbeitslosen. Sie hätten 3 Pfund Fleisch und 2 Pfund Leberwurst erhalten, so daß sich jetzt schon ein schwunghafter Handel damit herausgebildet habe. Das Vorgehen des A.- und S.-Rates müsse untersucht werden.

Keil tritt für die Vorlage ein und kennzeichnet die Riesengewinne der Viehhandelsverbände, die aus den Taschen des Volkes herausgewirtschaftet würden. Dieses Geld müßte mit zur Unterstützung des niedergegangenen Kleinhandwerks verwandt werden, zu denen auch die Schlächter zählten.

Mank behauptet, daß trotz dreifach erhöhten Friedenslohnes keine Arbeiter auf dem Lande zu haben seien. Arbeitsgelegenheit sei auf dem Lande reichlich vorhanden. Um der Leutenot zu steuern, habe man wieder zu Russen greifen müssen.

Henze gibt zu, daß Mißbräuche beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung möglich sind, aber Herr Wandtke habe ja die tatsächlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, hervorgehoben. Wer jahrelang draußen war und sonst nur in der Stadt gearbeitet habe, dem falle es schwer, sich in ländliche Verhältnisse einzuarbeiten. Dann dürfe nicht vergessen werden, daß bei Verheirateten ein doppelter Haushalt eintrete, und dafür seien die Löhne auf dem Lande nicht zugeschnitten. Das Arbeitsamt könne Ledige schon hinausschicken, doch könne man es einem, der einen Beruf erlernt habe, nicht zumuten, im Handumdrehen aufs Land zu gehen. Redner geht dann noch auf die Klagen über die Kriegsgesellschaften ein, die aber notwendig waren, um die Lebensmittel für die Stadtbevölkerung zu sichern und gerechter zu verteilen. An diesen Gesellschaften waren übrigens die Landwirte und Schlächter durch ihre Organisationen beteiligt.

Stelling betont, eine generelle Verfügung zur Uebernahme von Landarbeit könne man auch bei jungen Leuten nicht vornehmen. Herrn Aug. Pape erwidert der Redner, der A.- und S.-Rat habe die Verteilung der Fleischkonserven aus den Beständen des Offizierskasinos vorgenommen, nachdem die militärischen Stellen die Uebernahme abgelehnt hätten. Eine schnelle Abgabe sei notwendig gewesen, und übrigens sei auf den Kopf der Arbeitslosen nur eine halbe Dose entfallen. Die Erhöhung der Unterstützungssätze ist notwendig, denn es handelt sich nicht um Faulenzer, sondern um Leute, die arbeiten wollen. Sie pfeifen auf die Unterstützung, wenn ihnen Arbeit nachgewiesen wird.

Aug. Pape kann den Standpunkt Henzes nicht teilen. Er entgegnet Stelling, das Fleisch und die Wurst hätte der Allgemeinheit zugute kommen müssen. Nicht bloß Kriegsteilnehmer, sondern auch junge Mädchen hätten ganze Dosen erhalten.

Henze erklärt, er habe die Kriegsgesellschaften nicht in Schutz genommen, sondern betont, daß dieselben Herren, die mitbeteiligt waren, sie jetzt kritisieren. Notwendig waren die Gesellschaften, um die ärgsten Mißstände zu beseitigen.

Keil hebt hervor, daß alles Sturmlaufen gegen diese Gesellschaften vergeblich gewesen sei.

Die Senatsvorlage wird hiernach endgültig angenommen.

5. Antrag: Verkauf **eines Bauplatzes an den Kaufmann Otto Richter.**

Torkuhl wendet sich gegen diesen Verkauf.

G. Ehlers erklärt, wenn man beabsichtige, etwas Gepachtetes zu verkaufen, müsse man den Pächter von diesem Vorhaben doch in Kenntnis setzen. Die ganze Handlungsweise entspreche nicht dem Versprechen, aus dem Kriege heimkehrende Handwerksmeister in ihrem Erwerb zu fördern. Der Antrag müsse abgelehnt werden.

Nach weiterer Debatte wird die Angelegenheit ausgesetzt.

6. Antrag: **Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.**

Buchwald wünscht auch die Hüxtertor-Allee beim Kappen der Bäume einbezogen; man sollte in engen Straßen überhaupt keine Linden pflanzen.

Albers fragt, wohin das gekappte Holz komme.

Henk fordert endlich elektrische Zuleitung für das Land. In Hamburg soll eine Unmenge Dynamos liegen. Redner stellt einen Antrag, der die Ausführung als Notstandsarbeit fordert.

Senator Evers erklärt, das Holz werde an Ort und Stelle verkauft, und zwar vorzugsweise an die Arbeiter selbst.

Heise wünscht Berücksichtigung des Handwerks bei Ausführung der Notstandsarbeiten.

Senatsantrag und Antrag Henk werden angenommen.

7. Antrag: **Bereitstellung von weiteren Notstandsarbeiten.**

8. Antrag: **Aufschließung des Industriegeländes zwischen Kücknitzer Mühlenbach und Herrenwyk.**

9. Antrag: **Provisorischer Neubau der Wielandbrücke.**

10. Antrag: **Abtrag und Einebnung von Gelände unterhalb des Hochofenwerks.**

11. Antrag: **Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus.**

12. Antrag: **Verstärkung der Mittel für sachliche Kosten des Land- und Amtsgericht.**

13. Antrag: **Verstärkung der Mittel für den Gartenbau.**

14. Antrag: **Zuwegung zur Fähre Dänischburg—Israelsdorf.**

15. Antrag: **Aufschließung des Industriegeländes im Stau und bei Gothmund.**

16. Antrag: **Schaffung der Stelle eines technischen Bureauvorstehers bei der Baubehörde.**

17. Antrag: **Nachbewilligung auf die Ehrenausgaben des Senats.**

Diese Anträge werden mit nur geringer Debatte angenommen. Nur beim 10. Antrag wird auf eine Anfrage Henzes senatsseitig erklärt, es sei beabsichtigt, die Arbeiten in Staatsregie herzustellen. Beim 12. Antrag stellt Dr. v. Brocken ein Ersuchen, die Dienstreisekosten für Richter und Gerichtsbeamte usw. neu zu regeln. Dieses Ersuchen fand Annahme.

18. Antrag: **Bewilligung von Mitteln für das Polizeiamt für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges.**

Thiele findet zu wenig Schutzleute auf der Straße. Er wünscht auch bessere Ausnutzung der Schulräume in verschiedenen Gebäuden.

Vom Senatstisch wird auf die Kohlennot hingewiesen und ferner darauf, daß die Schutzleute jetzt auch im Dienst nur Mütze tragen.

v. Schack möchte wieder die Schutzleute mit Helm im Dienst sehen.

Henze hält diese Frage für ganz unbedeutend und weist auf Hamburg hin, wo die Schutzleute seit Jahren ihren Dienst mit der Mütze versehen.

Dr. Benda wünscht einen ortskundigen Unterschied der diensttuenden Schutzleute.

Köstern hebt hervor, daß der Helm auf besonderen Wunsch der Schutzleute abgeschafft sei.

Der Senatsantrag wird angenommen.

19. Antrag: **Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes.**

20. Antrag: **Nachbewilligung auf Abschnitt VI (Polizei) des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917.**

21. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Behörde für das Feuerlöschwesen.**

Die Anträge werden angenommen.

22. Antrag: **Beschaffung von zehn neuen Motorwagen.**

Mutterfreuden.

Roman von H. Salamon.

37. Fortsetzung.

Langsam erst legte sich der Schmerzensausbruch bei der laut Aufschluchzenden und leise seine Hand drückend, sagte sie mit dankbarem Blick: „Sie guter, edler Freund! Ist es doch für mich eine große Beruhigung in dieser trauernollen Stunde, die Gewißheit zu haben, daß meinem Ernst selbst in der Todesstunde ein liebendes Herz zur Seite stand.“

Wieder wie vor einem Jahre senkte sich glutrot der Sonnenball dem Horizonte zu. Auch heute saß die um ihren Geliebten Trauernde auf demselben Platz, auf dem sie damals ihrem Ernst das Geständnis machte, daß sie Mutterfreuden entgegensehe. Ein roter Schleier legte sich über ihre feuchten Augen. Sie träumte sich zurück in ihr verflossenes Liebesglück und alles um sich her vergessend, lehnte sie sich schwer aufatmend an die Brust des treuen Freundes mit dem liebevollen erlösenden Ausruf: O, mein Ernst! Mein herzigster Ernst!“

Ein süßer Taumel erfaßte Friedel, als er das schluchzende junge Weib an seiner Brust ruhend fühlte. Wild klopfte sein Herz und mit Gewalt mußte er sich halten, um die Willenlose nicht an sich zu reißen und glühende Küsse auf ihren Mund zu drücken. In den wenigen Stunden, in denen er in ihr Herz hineinschauen durfte, wie in ein aufgeschlagenes Buch, hatte er gefühlt, daß eine selige Liebe in sein Herz eingezogen war, so plötzlich und doch so stürmisch, daß er selbst davor erbebte.

Und sie lag nun an seinem sehnend verlangenden Herzen! Schon beugte er sich vor, der Geliebten den ersten innigen Kuß auf die Lippen zu drücken. Da tönt der klagende Laut an sein Ohr: „O, mein Ernst! Mein herziger Ernst!“

Ein eisiger Hauch legt sich auf sein ungestüm pochendes Herz und wie Nebel steigt es auf vor seinen Augen. Ein wildes Gefühl von schmerzlicher Entsagung bemächtigt sich seiner. Er will sie von sich stoßen, weit, weit fort von sich und dann hinwegstürzen aus diesem unheilvollen Bann — da trifft ihn ein trauernder Blick aus ihren tiefblauen Augen und [illegible] wie ein Bruder der Schwester drückt er flüchtig einen Kuß auf ihre Stirn.

Ein ahnender Schauer zieht bei dieser sanften Berührung seiner Lippen durch ihr trauerndes Herz. Ihre Bewegung verbergend, erhebt sie sich plötzlich vom Boden, um mit eigenartigen, widerstreitenden Gefühlen der entschwindenden blutroten Sonne nachzuschauen.

Auch Friedel war von seinem Sitze aufgestanden und betrachtete von der Seite die liebliche, mit ersterbender Sonnenglut überflossene Gestalt.

„Da sinkt sie hin, die alles Leben erweckende Sonne — gerade so, wie einst auch mein Glück dahinsank,“ flüsterte Berta leise vor sich hin.

„Und gerade so, wie morgen oder am nächsten Tage die Sonne wieder hell und klar von neuem aufgehen wird, so wird auch Ihnen einst wieder ein neues Glück erstehen,“ vollendete Friedel mit warmem innigen Blick den Ausspruch Bertas.

Tief errötend unter diesem Blick schüttelte sie unmerklich mit dem Kopfe und flüsterte bebend: „Ich bin ja eine Gefallene und mein Kind ist vaterlos!“

Da reckte sich hochauf seine kraftvolle Gestalt. Mit eisernem Druck umfaßte er die Rechte und die freie Hand wie zum Schwur erhebend, sagte er feierlich: „Wehe dem, der es wagen sollte, deine Ehre, die so rein und so her vor aller Augen dasteht, jemals anzutasten. Mit meinem Herzblut stehe ich für deine makellose Ehre ein! Fluch aber dem blödsinnigen Vorurteil derjenigen Menschen, die da glauben, daß nur durch eine rechtsgültig geschlossene Ehe die Ehre eines jungen Weibes makellos erhalten bleibt! — Nein, Berta, das ist ein hohler Trugschluß, den eine gewisse Klasse von Menschen als maßgebende Norm aufgestellt hat. — Hinweg mit diesem frevelnden Aberglauben, der das Volk vergiftet und das höchste, was die Menschheit besitzt, die ewige unwandelbare Liebe, in den Kot zu zerren trachtet! Treue wahre Liebe läßt sich nicht in eng gezogene Grenzen zwängen. Sie gibt sich, wie sie ist und fragt nicht nach Gesetz und fadenscheiniger Moral! — Und darum nochmals, Berta, wehe dem Entehrer deiner Ehre!“

Mit stockendem Atem hatte sie seinen Worten gelauscht. Ein unnennbares Gefühl völliger Sicherheit hatte sie erfaßt und als er den letzten Ausruf mit drohender Miene hervorstieß, erwiderte sie fest seinen Händedruck. Voll zu ihm aufsehend, sagte sie mit herzlicher Dankbarkeit: „Habt tausend Dank, Karl, für Euere schönen Worte!“

Dann schritten sie schweigsam durch die rasch hereinbrechende Dämmerung dem Hofe zu. Fest und sicher hielt er ihre warme, arbeitsharte Hand noch in der seinen. Nicht wie ein zaghafter Liebender, sondern wie ein streitbarer Krieger, der ein ihm anvertrautes Gut bis zum letzten Atemzuge gegen alle Gefahren zu verteidigen fest entschlossen war.

Die Bäuerin war schon etwas besorgt wegen des langen Ausbleibens der beiden. Sie fürchtete wohl nicht mit Unrecht, daß ihrer Berta bei der unausbleiblichen furchtbaren Seelenerregung durch die Erzählung von dem Tode ihres Geliebten ein Unglück zustoßen könnte.

Auf der Türschwelle stehend, sah sie freudig bewegt das Paar bald näherkommen. Eilends besorgte sie das einfache Abendbrot und nach kurzer Zeit saßen die drei Menschenkinder wieder friedlich und traut zusammen, um sich gegenseitig noch manches kleine Erlebnis zu erzählen.

Kapitel 19.

Aus den acht Tagen, die Friedel in Sebnitz zu verleben gedachte, waren nun schon vier Wochen geworden und immer machte er noch keine Anstalten, den ihnen aufstrebenden Ort zu verlassen. Fast täglich erschien er auf dem Hofe, um sich bald nach diesem, bald nach jenem zu erkundigen. Dabei wußte er es immer so einzurichten, daß er in unmittelbarer Nähe der innig Geliebten weilen konnte.

Vergebens hatte er seit jenem ersten Abend, an dem ihn eine unglückselige Leidenschaft so jäh und ungestüm erfaßt hatte, mit aller Macht versucht, das immer stärker emporflammende Liebesgefühl in seinem Innern zu unterdrücken. Es war ein vergebliches aussichtsloses Mühen. Nur das Gegenteil davon trat ein.

So überließ er sich dann zuletzt willenlos seinem immer ungestümer werdenden Herzen. Zweifelnde und quälende Fragen durchtobten sein Gehirn. Nur das Herz blieb sich ewig gleich in seiner verlangenden Sehnsucht, seinem fragenden Trotze.

Er dachte schon gar nicht mehr daran, wie das alles einmal enden würde. Nur das eine süße Verlangen beherrschte ihn jetzt vollständig: sie zu sehen, in ihrer Nähe weilen zu dürfen. Oft hatte er sich die Frage schon vorgelegt: Was würde sein Freund Ernst wohl dazu sagen, wenn er noch leben würde? Aber jedesmal gab er sich darauf selbst die Antwort, daß er nur dann seine verlassene Berta und ihr Kind wirklich schützen könnte, wenn sie ihm ganz allein als liebendes Weib angehören würde.

Aber konnte sie ihn denn überhaupt lieben, schon jetzt, wo ihre Gedanken doch stets und ständig, wie es ihm schien, noch immer bei dem lieben Toten weilten? — Das waren die quälenden Fragen, die ihn oft zur hellen Verzweiflung zu bringen drohten.

Und Berta? — O, sie hatte schon längst herausgefühlt, daß Friedel ein gewisses Interesse an ihrem Tun und Treiben verriet. Das war aber wohl nur die Freundespflicht, die ihn moralisch dazu zwang, um seinem gegebenen Versprechen einigermaßen nachzukommen. — Und doch war auch in ihrem so jungen und warmen Herzen ein sehnendes Etwas wieder eingezogen, um sich langsam emporzuarbeiten zu einer neuen Hoffnung auf ein längeres, dauerndes Glück. Sie war ja noch so jung und so sehnsuchtsvoll nach einer sicheren festen Hand, der sie sich so ganz hingebend fürs ganze Leben anvertrauen konnte.

Nur eine hatte längst erkannt, welche Gefühle diese beiden jungen Menschen beherrschten. Das war die noch immer scharf beobachtende Bäuerin. Gönnte sie ihrer Berta auch von Herzen ein neues beständiges Lebensglück, so dachte sie doch zugleich mit Schrecken an die trostlose furchtbare Zeit, die sie zu erwarten hätte, wenn Berta mit ihrem Kinde nicht mehr auf dem Hofe sein würde und sie unaufhaltsam dem Tode entgegengehen würde.

Aug. Pape fragt, ob es jetzt gerade notwendig sei, zehn Wagen anzuschaffen, wo sie so teuer seien. Man müsse bei der Anlage der Bahn auch Rücksicht nehmen auf die Vorstadt St. Lorenz-Süd.

Senator Dr. Lienau hält die Motorwagenanschaffung für äußerst dringend.

Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der

2. Antrag: Erhöhung des Gehalts des Directors des Museums für Kunst- und Kulturgeschichte im St. Annenkloster.

3. Antrag: Erhöhung des Gehalts des Kanzleiers der Gewerbekammer.

Heise stellt den Antrag, die Wahlen zur Gewerbekammer bis zur Schaffung eines neuen Wahlreglements auszusetzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Vorlage findet einstimmige endgültige Annahme.

Zur Verlesung gelangen die Eingaben des Lübecker Beamtenbundes, betr. Aufhebung der vom Beamtenbunde aufgestellten Leitsätze.

Mit der Eingabe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Lübeck, betreffend Trennung der Hafeninspektion und der Hafenmeisterei, verbindet

Stelling den Antrag, die Bürgerschaft möge den Senat ersuchen, die Hafenmeisterei von der Hafeninspektion zu trennen. Redner erinnert an die Bürgerschaftsbeschlüsse von 1910, ein Hafeninspektorat zu errichten, das äußerst notwendig war. Die Hafeninspektion erstreckt sich auf alle Arbeiten im Hafen, Hochofenwerk, den Schlutuper Hafen, sowie die Entladungen der Eisenbahnwagen, auf die Arbeiten in den Schuppen und letzten Endes ist es Aufgabe der Hafeninspektion, dafür zu sorgen, daß bei Unfällen sofort genaue Berichte aufzunehmen sind. Ihre Hauptaufgabe ist vor allem, Unfälle zu verhüten. Jetzt ist es an der Zeit, dem Wunsche der Organisation der Hafenarbeiter zu entsprechen und eine Trennung von Hafenmeisteramt und Inspektorat vorzunehmen. Die neuen Kosten sind geringfügig, weil die Räume mit dem Hafenamt verbunden werden können. Das Leben der Hafenarbeiter muß gesichert und nach Möglichkeit geschont werden.

Aug. Pape findet eine Trennung nicht für unbedingt notwendig.

Der Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Schluß 7.10 Uhr.

Große Zeiten.

Die „Gleichheit" bringt folgenden Artikel, der Wert ist, einmal den Kindern vorgelesen zu werden:

Liebe Kinder! In der Schule erzählt euch euer Lehrer im Geschichtsunterricht von großen Zeiten und großen Männern der Vergangenheit. Besonders wichtige Ereignisse müßt ihr euch einprägen, und jedes Jahrzehnt habt ihr in eurem Kopfe, die mit bedeutsamen Vorgängen in der Geschichte verknüpft sind.

Es gibt so wichtige Geschehnisse im Leben der Völker, daß danach ganze Abschnitte und jahrhundertelange Zeiträume bemessen werden. Im bisherigen Geschichtsunterricht waren es meist kriegerische Ereignisse und kriegerische Heldentaten, die solche Abschnitte begrenzten. Denkt nur an die Geschichte im alten Griechenland und an die römische Geschichte. Denkt an die Kreuzzüge, denkt an den Dreißigjährigen Krieg und denkt an die Kriege des letzten Jahrhunderts.

Aber auch Geschehnisse anderer Art setzen am Beginn großer Abschnitte in der Geschichte. Denkt an die Entdeckung Amerikas und an die Reformation, die beide die neue Zeit eingeleitet haben, und an die große französische Revolution, die der neuesten Zeit das Tor aufgestoßen hat.

Aber, liebe Kinder, keine der Zeiten, auf die ich eben hingewiesen habe, ist so bedeutungsvoll für den weiteren Verlauf der Geschichte gewesen wie die Zeit, in der wir jetzt leben. Kein Krieg der Vergangenheit war so groß und so furchtbar wie der Krieg, der hinter uns liegt. Kein Krieg hat so viele Menschenopfer gefordert, nicht einmal der Dreißigjährige Krieg. Aber auch keine gewaltige Umwälzung, keine Revolution der Vergangenheit war so groß und gewaltig wie die, in der wir jetzt stehen und die ihr miterlebt. Wißt ihr, was es bedeutet, in einer solchen Zeit zu leben? Wißt ihr, was eine Revolution ist?

Was ihr, was ihr in der Schule gelernt habt, ist eine Revolution, eine Revolte von schlechten Menschen angezettelt, zu falschen Zwecken mißbraucht. Aber schon früher haben euch eure Väter und Mütter gesagt, daß es nicht richtig ist, was euch die Schule über die Revolutionen erzählt. Wohl bedeutet eine Revolution eine gewaltsame Umwälzung. Aber nicht böse Menschen haben Revolutionen gemacht, sondern meistens sind es die besten Männer und Frauen ihrer Zeit, Männer und Frauen voller heiliger Begeisterung für die Wahrheit und die Menschenrechte, die sich an die Spitze einer Revolution stellen. Und der Zweck revolutionärer Umwälzungen besteht darin, durch Gewalt Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der notwendigen Entwicklung des Volkes im Wege stehen. So war es 1789 in Frankreich. So war es 1848 in Deutschland. So war es 1905 in Rußland.

So ist es auch 1918 in Deutschland. In den revolutionären Ereignissen seit dem 9. November kommt der lange zurückgehaltene Groll des deutschen Volkes zur Entladung über die maßlose Verhetzung, über die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen, über die Anstifter des scheußlichen Krieges, über das Elend unserer Ernährung während des Krieges, über die Hinopferung von Millionen der besten Männer im Kriege. — Aber nicht nur Groll in den Herzen der Menschen hat die Revolution herbeigeführt, sondern auch der heiße Wunsch, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der alle diese Uebelstände nicht mehr möglich sind. Eure Eltern waren schon vor dem Kriege Sozialisten. Sie wollen den Sozialismus auf der Welt und zunächst einmal in Deutschland verwirklichen. Vielleicht erzähle ich euch später einmal genauer, was der Sozialismus will. Heute möge es genügen, daß der Sozialismus nach dem schönen Grundsatz: „einer für alle, alle für einen" dafür sorgen will, daß durch gemeinsame Arbeit aller Menschen für alle Brot geschaffen wird, daß alle Menschen sich sattessen können, daß alle Menschen in guten und sauberen Wohnungen leben können, daß alle Menschen auch Freude am Leben haben und sich nicht nur mit Not und Elend herumschlagen müssen.

Weil nicht mehr einige über die vielen anderen herrschen und gebieten können, wenn alle Menschen gleichberechtigt sind, und weil nicht mehr einige Menschen maßlos reich sein können, wenn die Güter der Welt allen Menschen gerechter als bisher zugeteilt werden, so wollten die meisten Privilegierten bis heute vom Sozialismus nichts wissen. Und weil sie alle Macht in der Hand hatten, so mußten sie ihren Willen auch durchsetzen.

Die große November-Revolution von 1918 hat den bisherigen Machthabern die Macht aus den Händen gerissen und sie dem ganzen Volke übertragen.

Liebe Kinder, solche Umwälzungen vollziehen sich nicht leicht und nicht ohne mancherlei Schwierigkeiten. Auch manches Häßliche läuft mit unter. Aber während in früheren Revolutionen viel Blut geflossen ist, ist die große Revolution, in der wir jetzt leben, fast ohne einen Blutstropfen zum Siege gelangt. Ueberall in Deutschland bemühen sich die Arbeiter und die Soldaten, die beide die große Revolution gemacht haben, daß möglichst schnell Ordnung und Sicherheit geschaffen wird.

Ihr lebt in einer großen Zeit, liebe Kinder, auch wenn ihr es nicht merkt. Wenn man am Fuße eines hohen Berges steht, so kann man gar nicht ermessen, wie hoch er ist. Erst wenn man weiter zurückgeht und den Berg mit anderen Bergen vergleicht, kennt man seine Größe. So könnt ihr auch zur Stunde noch nicht die Größe dieser Tage ermessen. Erst wenn ihr älter geworden seid, und wenn die Ereignisse dieser Tage weiter von euch abgerückt, wenn sie zur Geschichte geworden sind, dann werdet ihr beurteilen können, welche bedeutungsvollen Tage ihr als Kinder durchlebt habt.

Aber sagen wollte ich es euch einmal, damit ihr doch gelegentlich darüber nachdenkt, und damit für euch für eure Erinnerung merkt, was ihr in diesen Zeiten erlebt. Macht eure Ohren und Augen weit auf und denkt euch noch über das, was ihr hört und lebt und worüber eure Eltern miteinander sprechen. Auch ihr werdet einmal Erwachsene, und ihr werdet Kinder haben, wie ihr jetzt die Kinder eurer Eltern seid. Dann werdet ihr eurem Kindern erzählen können von dem, was ihr in eurer Kinderzeit erlebt habt: von den hohen Kriegszahlen und ihrem unermeßlichen Elend und den Tränen eurer Mütter; aber auch von den großen Tagen der Revolution, die, was auch die nächste Zeit bringen möge, für unser deutsches Volk eine neue Zeit einleiten wird.

Eine neue Zeit, in der ihr Jungen und Mädchen dereinst hoffentlich mitarbeiten berufen sein werdet. Rüstet euch schon jetzt dazu! Je besser ihr eure ernsten Aufgaben erfüllen werdet, um so schöner und freudevoller wird es nach dem Sturme der letzten Zeit in der Zukunft des deutschen Volkes aussehen.

Aus der Partei.

Am 27. Januar internationale Sozialistenkonferenz. Henderson und Hausmann, die in Bern eintrafen und sofort mit den schweizerischen Sozialisten in Verbindung traten, setzten in Uebereinstimmung mit diesen die Abhaltung des internationalen sozialistischen Kongresses auf den 27. Januar im Volkshause in Bern fest. Zu derselben Zeit soll der internationale Syndikatskongreß tagen. Am gleichen Ort und zu gleicher Zeit soll der internationale Gewerkschaftskongreß stattfinden. Aus Bern wird funkentelegraphisch gemeldet: Der Sekretär der Schweizer sozialistischen Partei hat der französischen sozialistischen Partei und Branting die Nachricht zukommen lassen, daß die Schweizer sozialistische Partei sich weigert, in Bern den internationalen sozialistischen Kongreß zu organisieren. Da sie aber diese Sache nicht befragt wurde, ebensowenig wie die Schweizer Abgeordneten des internationalen Bureaus, so fürchten die Schweizer Sozialisten irgend eine Ueberraschung und man hat dem Sekretär des früheren Komitees in Zürich, Platten, das Recht, im Namen des Schweizer Komitees zu handeln, in Abrede gestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Volksfürsorge hat im Jahre 1918 ein Neugeschäft von 70 655 Anträgen zu verzeichnen. Davon entfallen 67 130 Anträge mit 23 536 526 Mark Versicherungssumme auf die Kapitalversicherung, 3385 auf die Spar- und 150 Anträge auf die Rißlosversicherung. Hierzu kommen noch etwa 4400 Wiederinkraftsetzungen alter, sistierter Versicherungen, so daß der gesamte Zugang rund 75 000 Versicherungen beträgt. Dieser schöne Erfolg ist ein Beweis dafür, daß die Volksfürsorge auf gesunden Füßen steht und das Vertrauen zu ihr in der deutschen Arbeiterschaft im Wachsen begriffen ist.

Soziales.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat das erste Hunderttausend seiner Mitglieder überschritten. Die anderen Kriegsbeschädigten-Organisationen führen, soweit die Revolution ihnen nicht, wie dem gelben Essener Verband, das Lebenslicht gänzlich ausgeblasen hat, ein kümmerliches Schattendasein. Der Reichsbund erwartet die Erfüllung seiner alten Hauptforderung, daß ihm in der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums für die Neuregelung der ganzen Kriegsbeschädigtenversorgung ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.

Der Oberbürgermeister von Dessau

könnte uns Lübeckern völlig gleichgültig sein, wenn er nur ein Oberbürgermeister wäre. Da aber der Herr ein Hamsterer war, wie man ihn in solcher Größe sich kaum vorstellen kann, wollen wir ihn als Bild der Zeit doch einmal in seiner ganzen Herrlichkeit vorführen. Das „Volksblatt für Anhalt" teilt mit, daß gegen Herrn Ebeling, so heißt der Mann, folgende Anklage vorliegt:

„Er hat für sich selbst erhebliche Mengen von verschiedenen Nahrungsmitteln bezogen und er hat davon noch größere Mengen an Befreundete oder sonst in seinen persönlichen Interessenkreis getretene Personen abgegeben. Die persönlichen Entnahmen sind in den Büchungen verschleiert worden; sie sind auf „Konto Schildhauer" eingetragen worden und sollen auf diesem Wege dem Angeklagten, der, er nicht wollte, daß sein Name in den Büchern stände, Schildhauer, dessen Name vorgeschoben ist, ist der Stadtbote, welcher die Waren austrug. Bei der Nahrungsmittel-Zentrale für Anhalt waren die Damen Steinweg, Harz und Gröfin von Hacke beschäftigt. Denselben ist bekannt gewesen, daß E. auf das Konto Schildhauer Waren für sich bezog. Das Konto Schildhauer weist in der Zeit vom 13. Juli 1916 bis Januar 1918, also in 1½ Jahren für 1364,83 Mark Waren auf. Da liest man:

1 Kiste Weintrauben 5 Mark; 1 Beutel Sultaninen, a 10 Pfund, 30 Mark; 50 Pfund Pflaumen 100 Mark; 1 Dose Schmorgurken 1,70 Mark; 10 Pfund Karotten 4,40 Mark; 5 Dosen Oelsardinen 3,05 Mark; 20 Pfund Graupen 15,04 Mark; 5 Dosen Steinpilze 9 Mark; 5 Dosen Schmorgurken 8,50 Mark; 11½ Pfund Käse 23,55 Mark; 15 Pfund Honigkuchen 22,50 Mark; 3¼ Pfund Blockwurst 10,85 Mark; fünfviertel Pfund Blockwurst 2,55 Mark; 3 Pfund Mischmehl 9,50 Mark; 105 Pfund Blockwurst 336 Mark; achteinfünftel Pfund Blockwurst 26,25 Mark; 3 Dosen Erbsenkonserven 3,90 Mark; 3 Dosen Stachelbeeren 2,10 Mark; 3 Dosen Steinpilze 5,25 Mark; 2 Dosen Karotten 3,80 Mark; 3 Kilogramm Karotten 2,45 Mark; 1 Dose Stachelbeeren 90 Pfg.; 1 Kilogramm Nährhefe 3,50 Mark; ½ Kilogramm Nährhefe 3,50 Mark; 3 Pfund Bohnenreinmehl 7,20 Mark. Und so geht es weiter mit den Posten. Wir heben nur noch einige Posten hervor: 25 Pfund Blockwurst 80 Mark; achteinfünftel Pfund Käse 25 Mark; 15 Pfund Käse 51 Mark; 10 Pfund Haferflocken 4,20 Mark; 49 Pfund Kunsthonig 24,50 Mark; 10 Pfund Steinpilze 10 Mark; 35 Dosen Schnittspargel 60,75 Mark; 20 Gläser Marmelade 22 Mark; 47½ Pfund Marmelade 47,50 Mark; 50 Pfund Haferflocken 32,35 Mark. Milch sind 3 Stiegen zu 150 Flaschen für den Angeschuldigten zurückgestellt worden. Einen Teil davon hat er an Direktor Klemmer vom Hotel Excelsior in Berlin, wo er wohnte, schicken lassen mit dem Bemerken, er wolle in Berlin seinen Kaffee nicht schwarz trinken.

In der Zeit vom 3. bis 17. August ließ Ebeling sich 210 Pfund Spargel nach Berchtesgaden schicken. Er hat davon auch an andere abgegeben. 45 Dosen Schweinefleisch bekam er auch einmal nach seiner Wohnung. Eine davon hat er nicht bezahlt, weil sie verdorben war. Eine Lieferung hat ein Pastor in der Rüstersträße erhalten. Geld bezahlte dieser nicht dafür. Ebeling bezahlte auch nicht, worauf der Sekretär Kampfhenkel sagte: „Der Chef will auch nicht bezahlen. Wir wollen dann den Posten streichen."

Große Bezüge haben die Firma Schirlitz, Dessau, und das Hotel Excelsior in Berlin, wo Ebeling regelmäßig bei seinen häufigen Reisen dorthin wohnte, gemacht. Ferchland, der Direktor des Hotels „Excelsior", Berlin, erhielt in der Zeit vom 7. 10. 16 bis 11. 1. 17 Waren im Werte von 5903,65 Mark. Wir führen nur einige größere Posten davon auf: 386 Pfund Maisgrieß 386 Mark; 29 Dosen Apfelmus 188,50 Mark; 44 Pfund Grützleberwurst 105,60 Mark; 100 Dosen Reis mit Tomaten 290 Mark; 4750 Pfund Orangenmarmelade 546,25 Mark; 575 Dosen Erdbeeren 609,50 Mark; 20,62 Kilogramm Schokolade 248,30 Mark; 50 Kilogramm Trockenvollmilchpulver 270 Mark; nochmals dasselbe; 100 Dosen Grützleberwurst 240 Mark.

Der weitere Ober aus Dessau hat also, während die Dessauer Arbeiterfrauen sich mit Marmeladestullen durchhungern mußten, recht erträglich leben können, weil er an der amtlichen Krippe saß und aus ihr nahm, was ihm paßte. Wie viele von den Leuten in ähnlicher Stellung haben wohl für ihr Vaterland in gleicher Weise sich „geopfert". Von den Leuten, die jetzt um die Welt über die „revolutionäre Unordnung" lebelten und nicht genug Bürgerblut für ihre eigene Sicherheit fließen lassen können? Allerdings, der Herr Ebeling, der nebenbei den Redakteur unseres Dessauer Bruderblattes beim General-Kommando denunzierte und ihn zum grauen Rock verhalf, hat ein verzweifeltes Glück gehabt. Die Stadtverordneten haben ihn „pensioniert" und der Disziplinargerichtshof hat erklärt, gegen einen Pensionär könne er kein Urteil fällen. So hat der Hamsterer von Amtes Gnaden die Möglichkeit, am Ende seiner Laufbahn in Seelenruhe seine Pension zu verzehren. Die Arbeiter aber werden von der nationalliberal-„demokratischen" Presse als — „Revolutionsgewinner" beschimpft. Sie werden am 19. Januar darauf die Antwort geben können.

Aus Nah und Fern.

Eine ausgeraubte Geburtstagsgesellschaft. Der Juwelier Grützner in Berlin feierte den Geburtstag seiner Braut. Es waren etwa 30 Personen anwesend. Gegen 3½ Uhr nachts erschienen in der Wohnung drei Matrosen und ein Soldat und forderten die Gäste mit vorgehaltenen Pistolen auf, die Hände hoch zu heben. Dann durchsuchten sie jeden einzelnen der Anwesenden; nahmen ihm Geld und Papiere aus den Taschen und forderten Grützner auf, den Geldschrank zu öffnen, aus dem sie 300 Mark und die darin befindlichen Papiere raubten. Dann wurde die ganze Geburtstagsgesellschaft in einem Nebenzimmer eingesperrt. Während einer der Matrosen Grützner aufforderte, sich anzukleiden und ihm nach dem Polizeipräsidium zu folgen, warfen die Räuber, um unbehelligt zu entkommen, auf dem Korridor der Wohnung eine Gasbombe. Die sich entwickelnden Gase versetzten die Gäste derart in Schrecken, daß sie aus dem Fenster sprangen. Hierbei brach eine Frau das rechte Bein. An barem Gelde sind den Räubern etwa 2000 Mark in die Hände gefallen.

95 000 Mark unterschlagen. Durch geschickte Schwindeleien eines ihrer Beamten ist eine Berliner Versicherungsanstalt um 95 000 Mark betrogen worden. Der Agent Lepschat begann schon im Jahre 1915 mit kleinen Fälschungen und Veruntreuungen. Er erledigte Unfallschäden in der Weise, daß er mit dem Betreffenden eine gewisse Abfindungssumme vereinbarte. Seiner Anstalt aber rechnete er einen höheren Betrag an und fälschte dementsprechend die Quittungen. Er erdichtete Schäden größerer Art und ließ sich diese erdichteten Regulierungen, Beträge bis zu 3000 Mk. auszahlen. Er behauptet, daß er einen großen Teil des Geldes dafür ausgegeben habe, um sich vom Militärdienst zu befreien.

Die Auswanderung nach Amerika. Wie aus Basel berichtet wird, hat der Strom der europäischen Auswanderung nach Amerika bereits eingesetzt. Im Dezember sind allein 15 000 Italiener, Serben und Oesterreicher nach Kanada abgereist.

Allerlei Wissenswertes.

Das Eisenbahnboot.

Ein österreichischer Ingenieur Prüner hat die Welt mit einer Erfindung beglückt, die eine der größten Schwierigkeiten des Durchgangsverkehrs beheben soll. Sie besteht in einem sonderbaren Bau, der gleichzeitig als Güterwagen auf der Eisenbahn und als Kanalboot dienen soll. Er hat 100 Tonnen Tragfähigkeit und ist mit einem eigenen Motor ausgestattet, so daß er sich also auch ohne Lokomotive beziehungsweise Schleppdampfer selbst bewegen kann. Zur Beförderung auf den Gleisen ruht er auf einem Untergestell mit Achsen und Rädern, von dem er leicht abgehoben werden kann, wenn er ins Wasser gebracht werden soll. Wenn man bedenkt, daß unsere größten Güterwagen nicht über 30 Tonnen laden und selbst die allerneuesten amerikanischen Kohlenwagen, die schon wahre Ungeheuer darstellen, doch nur 77 Tonnen laden, so erscheint dieses Eisenbahngefährt von 100 Tonnen Tragfähigkeit in etwas verdächtigem Licht. Andererseits bedeutet dieses Gewicht für ein Boot selbst auf einem Kanal eine sehr geringe Leistung. Der Vorteil, das Umladen überflüssig zu machen, wäre allerdings so bedeutend, daß der letzte Einwand demgegenüber weniger ins Gewicht fiele. Außerdem würde die Zukunft dieser Erfindung aber auch von der Kostspieligkeit dieses Allerweltsfahrzeuges abhängig sein, über die noch keine Angaben gemacht worden sind.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.